

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postämter, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangolohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5spaltige Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstr. 8, II. zu senden.

Nr. 6.

Sonntag, den 11. Februar.

1906.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstr. 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstr. 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die Tabakarbeiter Deutschlands.

Unter Hinweis auf den Beschluß des Kongresses vom 29. Januar und folgende Tage in Berlin, welcher lautet: „Der Kongress beschließt, daß die auf dem Tabakarbeiterkongress von 1893 zur Abwehr etwaiger Tabaksteuervorlagen eingesetzte Zentralkommission auch für die Zukunft mit dem gleichen Zweck bestehen bleiben und ihren Sitz in Berlin behalten soll,“ hat die Unterzeichnete beschlossen, sämtlichen örtlichen Kommissionen zu empfehlen, noch so lange in Tätigkeit zu verbleiben, als es zur Abwehr der drohenden Gefahren notwendig erscheinen muß; sich innerhalb dieser Zeit aber in steter Fühlung und enger Anschließung an ihren zuständigen Bezirksleiter zu halten. Die Adressen sind wohl allen noch aus den November- und Dezember-Nummern des Tabak-Arbeiters bekannt.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß der Kongress beschlossen hat, die Zentralkommission zu beauftragen, das Protokoll dieses Kongresses, enthaltend die Verhandlungen dieses Kongresses sowohl, wie auch Berichte der einzelnen Delegierten, herauszugeben, und zwar zum Preise von 10 Pfg. pro Exemplar. Dieser Preis kann aber nur dann möglich sein, wenn eine Massenaufgabe hergestellt wird.

Es ergeht daher die Aufforderung an alle Orte, an die Obmänner der einzelnen Kommissionen, zur Bestellung von Exemplaren des Protokolls in ihren Kreisen Listen zirkulieren zu lassen; die Anzahl der gewünschten Exemplare ihrem zuständigen Bezirksleiter mitzuteilen, und zwar so schnell, daß die Bezirksleiter bis zum 18. Februar in dem Besitze der Bestellungen ihres Bezirks sind und die Bezirksleiter in der Lage sind, spätestens bis zum 25. Februar die gesamten Angaben an die Adresse der Unterzeichneten einreichen zu können. Es erübrigt sich wohl, noch besonders darauf aufmerksam machen zu müssen, daß diese Protokolle in Verbindung mit den Berichten ein gutes und klares Bild der wirtschaftlichen Lage des größten Teils der deutschen Tabakarbeiter zu geben in der Lage sind; Berichte, die einen hohen statistischen Wert beanspruchen können. Wir fügen zum Ueberflus noch die Adressen der Bezirksleiter bei, an die alle Bestellungen von Protokollen zu richten sind; es empfiehlt sich dieser Weg in betreff der Erspargung von Porto, Verpackung und dergleichen, weil es sonst sehr leicht möglich wäre, daß das Porto die ganze dafür erzielte Einnahme verschlingen würde. Ferner empfiehlt es sich auch aus dem Grunde, wie eingangs schon erwähnt, der engen Anschließung und steter Fühlung mit denselben. Die Adressen sind:

1. Adolf Heising, Lagerstraße 13d, Haus I, Ottenfen.
2. Christian Blome, Oderstraße 64, Bremen.
3. Emil Burgold, Neue Knochenhauerstraße 37, II., Braunschweig.
4. Ferd. Sufung, Frauenbergerstraße 9, Nordhausen.
5. Wilh. Schlüter, Siechenmarschstr. 13, Bielefeld.
6. Ludwig Klein, Heinrichstr. 10, II., Köln a. Rh.
7. Franz Schnell, Nordstr. 56, b. Grieben, Gnanau.
8. Karl Zahn, Widdergasse 18, Speyer.
9. Peter Haberer, Gerberstr. 3, Offenburg.
10. Joseph Wildemann, Neckarstr. 188, Stuttgart.
11. Dominik Wiesen, Blücherstr. 46, II., Erfurt.
12. Rich. Hoffmann, Hedwigstr. 11, IV. r., Leipzig-N.
13. Moritz Pießch, Königsbrüder Straße 33, Dresden-Neustadt.
14. Max Clement, Leuthenstr. 43, I., Breslau.
15. Karl Butry, Stralsunder Straße 41, III., Berlin.

Die Zentralkommission:

Karl Butry, Stralsunder Straße 41, III.

Die VI. Kommission.

Die 6. Kommission ist die Steuerkommission des Reichstags, die die Stengelschen Steuerprojekte genauer zu prüfen hat, als das im Plenum möglich ist. In der Kommission findet für die Beratung jeder einzelnen

Steuervorlage ein Mitgliederwechsel seitens derjenigen Parteien statt, die Sachleute genügend unter sich haben, um durch sie eine sachverständige Prüfung der einzelnen Vorlagen vornehmen zu lassen. So hat beispielsweise die sozialdemokratische Fraktion zur Beratung der Tabaksteuervorlagen sechs der Tabakindustrie angehörige Mitglieder entsandt, die mit ihren fachmännischen Kenntnissen den steuerwütigen Tabakfeinden das Spiel gründlich verderben.

Mehr als eine komische Szene hat es bis jetzt dabei gegeben, wenn vorlaute Nichtswisser unbedingt etwas von der Tabakindustrie verstehen wollten und dafür auf die Finger geklopft wurden. Es ist sonst nicht unsere Art, persönliche Angriffe auf irgend jemand zu unternehmen, aber wenn z. B. jemand sich so unmanierlich spreizt, wie der antijemiteische Abgeordnete Raab, dem seine totale Unkenntnis der Verhältnisse in der Tabakindustrie nicht die geringsten Bedenken erregt, und der sich als freiwilliger Regierungskommissar auffällig hervortut — damit er bei den Konservativen Gnade und ein Mandat findet, wenn er bei den nächsten Wahlen aus dem von der Tabakindustrie stark durchzogenen Wahlkreise Schwelme-Schmalzden verdientermaßen hinausgeworfen wird — dann sind wir es der Arbeiterschaft, speziell dem genannten Wahlkreise schuldig, die gemeinschädliche Tätigkeit dieses Abgeordneten zu geißeln.

Freilich, gegen den allgemeinen Unwillen über die geplante Tabaksteuererhöhung traut er sich so wenig anzukämpfen, wie seine konservativ-reaktionären Gönner und Kollegen, aber seine Sucht, dem Tabak höhere Lasten aufzubrennen, brach schon bei der Frage des Importzollens durch, nahm jedoch bei der Beratung der Zigarettensteuer geradezu gemeingefährliche Gestalt an. Er leugnete jeden Rückgang des Konsums resp. der Produktion, wenn das Fabrikat verteuert wird und hält es sogar für vorteilhaft, wenn eine Verlangsamung oder ein Stillstand in der Entwicklung der Zigarettenindustrie eintritt, kurz, er präsentierte sich als Schrittmacher der in volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung höchst schädlichen Steuerpolitik, die durch indirekte Steuern das Volk ausraubt und damit der Gesamtindustrie schwere Wunden schlägt. Natürlich ist noch kein praktischer Hinweis seinem Munde entschlüpf, aber wenn von irgendeiner Seite ein Belastungsvorschlag gemacht wird, tritt er großmütig und lässig ein, trotzdem sein und seiner Fraktion Einfluß im umgekehrten Verhältnis zu diesem Maulheldentum steht.

Die Situation in der Kommission ist infolge der Ablehnung der Tabaksteuervorlage für die Regierung keine günstige, ohne daß wir mit dieser Bemerkung die Zuverlässigkeit der bürgerlichen Parteien etwa bestätigen wollen. Aber es ist nicht daran zu denken, daß in der zweiten Lesung die Regierungsvorlage noch Gnade vor ihnen finden könnte, dafür bürgt die Volksstimmung, die allgemein gegen die Erhöhung der Tabaksteuern ist. Selbst die Mogelei einiger Abgeordneter hinter den Kulissen, auf eine Zollerhöhung von 85 auf 100 Mk. pro Doppelzentner hinielend, hat sehr wenig Aussicht, einen Umfall der Kommission in zweiter Lesung herbeizuführen.

Dagegen ergibt sich aus der Beratung über das Zigarettensteuergesetz, daß die Mehrheit der Kommission eine starke Besteuerung der Zigarettenindustrie plant. Die von der Regierung geforderte Steuer auf Zigarettenpapier hat, nach den Beratungen der zwei Kommissionsitzungen in verflorener Woche zu schließen, keine Aussicht auf Annahme, weil die technischen Schwierigkeiten zu groß und die Kontrollbestimmungen usw. des Entwurfes zu ungeheuerliche sind. Daher qualte sich bislang die Mehrheit ab, eine andere Besteuerungsart zu finden. Da wurden denn zwei Systeme in Betracht gezogen, die höhere Besteuerung des zu Zigaretten zu verwendenden Tabaks oder die Vandoletsteuer. Ueber beide Systeme besteht aber bei ihren Verteidigern die größte Unklarheit. Wird die Papiersteuer abgelehnt und ein anderes Besteuerungssystem von der Mehrheit beschlossen, dann muß natürlich erst ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet und der Kommission unterbreitet werden; die Entscheidung über die Zigarettenbesteuerung wird sich daher noch länger hinziehen.

Den größten Fehler haben die Zigarettenfabrikanten selbst gemacht, die in ihrer Kurzsichtigkeit und Angst sich selbst bereit erklärt haben, einer höheren Besteuerung ihre Zustimmung nicht zu versagen. Nun sie selbst sehen, was das für Folgen hat, mögen sie es wohl bereuen, aber politische Fehler sind nie wieder gut zu machen und daher nicht zu entschuldigen. Wir werden später dieses Kapitel aus dem Steuerkampfe eingehender behandeln. Infolge dieses Fehlers hat die Opposition einen schwierigeren Standpunkt in der Kommission, als bei der Tabaksteuervorlage, denn jeden Augenblick kommt ihr irgendein

Steuerfey in die Quere mit dem Hinweis, daß ja die Zigarettenunternehmer eine höhere Besteuerung tragen wollten.

Das letztere ist objektiv unrichtig, denn die Zigarettenfabrikanten werden die Steuer auf die Arbeiter und Konsumenten abwälzen, das steht für jeden Sachverständigen bombenfest. Aus diesem Grunde muß die Opposition sich sogar gegen die nun in der Klemme sitzenden Fabrikanten richten, die sich — wie in der Kommission bekannt wurde — zu einer Erhöhung des Zolles auf Tabak von 85 auf 110 Mark pro Doppelzentner bereit finden. Allein, dieses Zugeständnis bringt der Regierung höchstens eine Million Mark mehr ein, das ist ihr zu wenig und so geht denn der Handel in der Kommission weiter, über dessen Abschluß wir noch in dieser Nummer berichten, wenn er vor Drucklegung des Blattes zustande kommt.

Was von der sozialdemokratischen Vertreterschaft zur Vereitelung des Handels getan werden kann, wird getan.

Zur näheren Information bringen wir heute nachstehenden Bericht aus der Reichsfinanzreformkommission:

Die Vandoletsteuer für die Zigarettenindustrie

Ist von der Steuerkommission des Reichstags beschlossen worden. Zentrum, Nationalliberale, Konservative und Antijemiten haben einen Gesetzentwurf zusammengestellt, dessen §§ 1 und 2 folgendes bestimmen:

„Die Kommission wolle beschließen:

An Stelle der §§ 1 bis 16 der Anlage 8 treten folgende Vorschriften:

§ 1.

Ein Eingangszoll ist zu erheben für 1 Doppelzentner:

1. feingeschnittene Tabak 8.0 Mk.

2. Zigaretten 2000 „

§ 2.

Außer den auf Grund des Tabaksteuergesetzes von dem verwendeten Tabak zur Erhebung gelangenden Abgaben unterliegen der im Inlande geschnittene Zigarettenfabrik und die im Inlande hergestellten Zigaretten einer besonderen in die Reichsstaatskasse fließenden Steuer, die beträgt:

1. für Zigaretten:

- a) im Kleinverkaufspreise bis zu 10 Mk. das Tausend 1 Mk. für 1000 Stück,
- b) im Kleinverkaufspreise über 10 Mk. bis 20 Mk. das Tausend 2 Mk. für 1000 Stück,
- c) im Kleinverkaufspreise über 20 Mk. bis 30 Mk. das Tausend 3 Mk. für 1000 Stück,
- d) im Kleinverkaufspreise über 30 Mk. bis 40 Mk. das Tausend 4 Mk. für 1000 Stück,
- e) im Kleinverkaufspreise über 40 Mk. das Tausend 5 Mk. für 1000 Stück;

2. für Zigarettenfabrik:

- a) im Kleinverkaufspreise über 2 Mk. bis 3 Mk. das Kilo 0.20 Mk. für 1 Kilo,
- b) im Kleinverkaufspreise über 3 Mk. bis 5 Mk. das Kilo 0.30 Mk. für das Kilo,
- c) im Kleinverkaufspreise über 5 Mk. bis 8 Mk. das Kilo 1.60 Mk. für 1 Kilo,
- d) im Kleinverkaufspreise über 8 Mk. das Kilo 2.00 Mk. für 1 Kilo.

Als Zigarettenfabrik im Sinne dieses Gesetzes gilt aller feingeschnittene Tabak, der im Kleinverlaufe mehr als 2 Mk. das Kilogramm kostet.

Als Kleinverkaufspreis gilt der Warenpreis einschließlich der Steuer.

Der Bundesrat ist ermächtigt, Tabakerzeugnisse von der Art und Form der Zigarette, bei denen das Papierdeckblatt fehlt, der gleichen Steuer zu unterwerfen.

Der Abg. Held (nat.-lib.) begründete diesen Entwurf mit dem Hinweis, daß Mittel geschafft werden müßten zur Finanzreform und daß diese Art der Besteuerung die praktischste und durchführbar sei. Genosse Geier rügte, daß dieser Entwurf erst jetzt in die Hände der Kommissionsmitglieder gelangt sei, aber auf den ersten Blick zeige sich, daß er höchst leichtfertig zusammengewürfelt (Ordnungsruß) und unpraktisch sei. Weder die Schnittstärke des feingeschnittene Tabaks, noch der Ertrag der Vandoletsteuer sei angegeben worden. — Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder beantragten, den neuen Entwurf zunächst dem Plenum zur 1. Beratung zu überweisen. Mollenhuth wies sachmännisch nach, daß die neuen Bestimmungen für ihren Zweck nicht hinreichend sind. Wann solle die Schnittstärke des Tabaks gemessen werden, vor oder nach der Trocknung? In beiden Fällen sei die Schnittstärke verschieden. Auch der Rauchtabak, ferner der schwarze krause Tabak, der von Seeleuten gekaut werde, würde hat getroffen, ebenso der Pastorettabak. Abg. Held erklärte, daß man hätte an der Vorlage mitgearbeitet. Die Schnittstärke des Tabaks sei mit 3 Millimeter angenommen; der Ertrag des Gesetzes werde 15 Millionen ergeben. Wiener (freis.) ist grundsätzlich gegen die neue Steuer, während Dietrich (kons.) die Steuer für praktisch hält. Der Direktor im Reichsschatzamt Kühn erklärt, die Regierung habe noch nicht Stellung genommen, aber sie stimme einer andern, als der von ihr vorgeschlagenen Steuer zu, wenn sie denselben Ertrag ergebe, wenn sie keinen starken Rückgang des Konsums zur Folge habe und wenn sie die Fabrikation nicht zu sehr belästige. Manche Bedenken seien durch Sachmänner behoben, Fabrikanten seien dafür; Änderungen könnten noch eintreten. Genosse v. Elm bezeichnet den Entwurf, als ein Gesetz zur Vernichtung der Kleinindustrie. Die Kontrolle ver-

hänge ein Buchtauschsystem über die Fabriken. Redner jetzt dies am amerikanischen System auseinander. Die Kosten zur Ausführung würden groß sein. Der Widerstand zeige sich darin, daß der feingeschmittenen Tabak hier mit 800 Mk., im Tabaksteuererzeugnis mit 300 Mk. belastet werde; was gelte nun? Elm bekommt ebenfalls einen Ordnungszusatz, als er sagte, es sei unfair, wie die Abgeordneten mit diesem Antrag überfallen worden seien. Müller-Fulda (Zentr.) und Wolf (Antif.) treten für den neuen Entwurf ein, während die Genossen Kaden, Schmalzfeldt, v. Elm, Geher sowie der Freisinnige Wiemer ihn bekämpfen. Geher konstatierte, daß man die drei Vertreter des Zigarettenunternehmensverbandes vom Korridor fortgewiesen habe, wo diese Herren sich aufhielten, um sofort fragenden Abgeordneten sachmännlich Auskunft geben zu können. Die Regierung und Geheimkommission habe sich Winkelfabrikanten als Gutachter herangelassen, sie umgehe die Unternehmerorganisation, während sie umgekehrt handeln müßte. Elm fragt an, wer die Wegtreibung der Herren vom Korridor verfügt habe, erhält aber keine Antwort.

Bei der Abstimmung wird ein Antrag Wiemers, die Beratung über das Zigarettengesetz auszusetzen, bis die übrigen Steuerentwürfe die erste Lesung passiert hätten, gegen die 8 Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Die Regierungsvorlage (Papiersteuer) wird mit allen Stimmen außer der des Abg. Dittrich, der sich der Stimme enthält, abgelehnt. § 1 der Vandalenborlage wird gegen neun Stimmen (Sozialdemokraten, Freisinnige und Polen) angenommen. Dann folgt die Beratung des § 2, bei der Geher feststellt, daß der inländische Tabak nach dem vorletzten Absatz ebenfalls belastet wird — die Konservativen schienen das gar nicht bemerkt zu haben. Ferner greife der letzte Absatz auf die Zigarettenindustrie über, da Zigarillos und Zwischenstanzigaretten darunter gefaßt werden könnten. Die Kommission blamierte sich, wenn sie einen so unfertigen Entwurf vor das Plenum bringe. Der § 2 wurde trotzdem mit derselben Stimmenmehrheit angenommen wie § 1.

Die Heimarbeit in der Tabakindustrie.

behandelte Reichstagsabgeordneter v. Elm in einem Vortrage am Mittwoch im Einigungssaal des Gewerbegerichts. Dem Vortrage, der einen durch Zahlenmaterial illustrierten Umriss der Entwicklung der deutschen Tabakindustrie, speziell der Zigarettenfabrikation bot, ist hinsichtlich der Heimarbeit dieser Industrie etwa folgendes zu entnehmen: Das Verhältnis der Hausarbeit zur Fabrikarbeit läßt sich bisher leider nicht genau feststellen. Die Angaben der Hausindustriellen und der Fabrikanten wichen bei den Zählungen erheblich voneinander ab. Nach denen der Hausindustriellen wären im Jahre 1882 (bei insgesamt etwas mehr als 110 000 Arbeitern und Arbeiterinnen) 8394 und im Jahre 1895 (bei insgesamt 153 000 Tätigen) 15 453 Hausarbeiter beschäftigt worden, während die Fabrikanten 15 086 für 1882 und 23 958 Hausarbeiter für 1895 angaben. Aber auch diese letzten Zahlen reichen an die Wirklichkeit bei weitem noch nicht heran. Redner stellt aus eigener Kenntnis schon von dem Fabrikationszentrum Hamburg-Altona-Ottensen fest, daß von der großen Zahl der dort beschäftigten Zigarettenmacher nur noch sehr wenig Fabrikarbeiter sind. In Betracht kommen da nur 200 Fabrikarbeiter, von denen gegen 120 in der Tabakarbeitergenossenschaft seien, die Heimarbeit ausüben. Es kämen also auf alle übrigen Fabrikanten des Bezirks fast keine Fabrikarbeiter. Fest steht auch, daß über zwei Drittel aller Tabakarbeiter Westfalens heute Hausarbeiter sind. In Hamburg, wo es erst nur Fabriken in der Zigarettenindustrie gab, fingen die Fabrikanten zuerst mit der Einführung der Hausindustrie an, wobei sie Ersparnisse bezweckten. Die Ersparnisse sind keine geringen. Es wird gesparrt: Miete für das Arbeitslokal, Ausgaben für Licht, Feuer usw. Vor allem aber spart der Zigarettenfabrikant die Kosten für die Zurichtung des Arbeitsmaterials. In der Fabrik muß er einen Zurechter nehmen. Der Hausarbeiter muß die Zurichtung selbst besorgen. Auch die Kosten des Aufsehers, des Wertmeisters, spart der Fabrikant. Die Hausarbeiter selber berechneten von Anfang in Hamburg, daß der Fabrikant an Kosten circa 33 1/2 Prozent spart, wenn er zu demselben Preise, wie in der Fabrik, die Arbeit außer dem Hause vergibt. Tatsächlich haben nun aber in der ersten Zeit nach dem Eingange der Hausarbeit in Hamburg und Umgegend ganz erhebliche Lohnreduktionen bis zu 10 und 20 Mk. pro Wille stattgefunden. Die Hausarbeit ermöglichte erst solche Herabsetzungen. In der Fabrik wäre es bei dem größeren Zusammenhalt der Arbeiter nicht so leicht möglich gewesen. In Westfalen hat sich die Heimarbeit genau aus denselben Gründen eingebürgert, wie in Hamburg-Altona-Ottensen. Den westfälischen Fabrikanten war es darum zu tun, die ländlichen Arbeiter und die weiblichen Arbeiter zur Zigarettenindustrie heranzuziehen. Jetzt findet man dort in jedem größeren Orte eine Fabrik und in den Dörfern ringsherum Hausarbeiter. Fast in jedem Bauernhause sitzt ein Zigarettenmacher. Nach 1879 (wo der Tabak unter Zoll und Steuern bluten mußte) haben die Fabrikanten die Löhne erheblich herabgesetzt. Alle Arbeiter erzählen, daß damals Woche für Woche 50 Pfg. pro Wille abgezogen wurden, mit der Tröstung, es werde wieder zugelegt, wenn es besser gehe. Bis heute haben sie aber den Lohn noch nicht wieder, den sie vor 1879 hatten. — In Sachsen nimmt die Hausindustrie ebenfalls immer mehr zu, indem die Zigarettenherstellung zugleich aufs flache Land wandert. — Zur Vermehrung der Einzelhausarbeit in der Zigarettenindustrie hat das Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken und der Erlaß der Bundesratsvorschriften für die Tabakindustrie nicht wenig beigetragen. Die Bundesratsbestimmungen bleiben meist unwirksam selbst im hausindustriellen Gehilfenbetrieb, den sie mit im Auge haben. — Die Arbeitszeit des Hausarbeiters beträgt 12, 14 bis 16 Stunden pro Tag. Sofern Gehilfen beschäftigt werden, wird sie nicht durch eine regelmäßige Mittagspause unterbrochen. Der eine geht jetzt, der andre später, so daß der Raum ständig besetzt und an ein Lüften nicht zu denken ist. Bei dem Einzelhausarbeiter kommt hinzu, daß der Arbeitsraum zugleich Wohnraum ist, daß sich dort die Frau und Kinder aufhalten. Viel Staub und Dunst entwickelt sich bei der Verarbeitung. Die Einlage muß getrocknet werden. Das geschieht im Arbeitsraum. Ist es die Wohnstube, dann über dem Ofen; in der Küche über dem Feuerherd. Ein feiner Staub und ein unangenehmer Dunst entwickeln sich dabei. Der Staub durchdringt alle Räume der Wohnung. Dazu kommt, daß die blutarmen Zigarettenarbeiter im Winter, um Kohlen zu sparen, die Ritzen der Fenster und Türen noch mit Latten usw. verstopfen, so daß Sauerstoff höchstens einmal beim Aufgehen der Tür eindringen kann. Krankheiten, namentlich der Atmungsorgane und besonders Lungentuberkulose, wird so der Eingang gegeben. Insbesondere bei Lungentranken wäre es segensreich, wenn Spundnäpfe da wären, die jeden Tag gereinigt werden. Oft wird aber der Auswurf direkt auf den Boden, das heißt in den Tabak gesteckt, der ja auch auf dem Boden liegt. Frauen und Kinder arbeiten mit. Die Frau hat keine Zeit, sich um die jüngsten zu kümmern, die auf dem Fußboden in der Arbeitsstube herumkrabbeln. Es ist natürlich, daß die Kleinen auch ihre Bedürfnisse dort verrichten. Die vom Urin genährten Tabakblätter werden aber nicht fortgeworfen. Der Tabak wird ja vom Fabrikanten äußerst genau bis aufs Gramm zugewogen, so daß der Hausarbeiter mit jedem Gramm rechnen muß. Der Raucher weiß ja nichts davon. Ein alter 68jähriger Tabakarbeiter hat dieser Laage erst zum Redner gesagt: Bevor er sterbe, wolle er es der Öffentlichkeit bekanntgeben, welche elendlichen Zustände in der Hausindustrie seien. In den ländlichen Distrikten in Westfalen ist die Unsauberkeit enorm. Die Hauszigarettenmacher sind zum Teil ländliche Arbeiter, die eine Ziege oder ein Schaf oder ein Schwein im Stalle haben. Die Zeit drängt. Sie können nicht erst daran denken, den Stallmist von den Schuhen zu machen, die Finger zu reinigen. Es kommen sie eventuell mit beschmutzten

Fingern wieder zur Arbeit und es wird einfach weiter gearbeitet. Als feinerzeit in Newyork die Podenepidemie ausbrach, wurden namentlich die Hausarbeiter der Zigarettenindustrie davon erfaßt. Die energische Leitung der Tabakarbeiterorganisation in Newyork holte die Vertreter der Stadt zusammen und zeigte ihnen bei einer Wanderung durch die Höhlen der Hausarbeit, wieviel Podentranke mit den narbenbefleckten Fingern Zigaretten rollen. Das gab einen Sturm und selbst der New York Herald, das größte Kapitalistenblatt der Stadt, half durch energische Artikel dazu beitragen, daß ein Gesetz auf Verbot der Heimarbeit in der Zigarettenindustrie zustande kam. Diesem sprach dann allerdings der höchste Gerichtshof die Uebereinstimmung mit dem Grundgesetz der Verfassung: „Garantie der persönlichen Freiheit“ ab. Die Gründe, die jenseits des großen Wassers zum Verbot der Hausarbeit führten, sind auch bei uns vorhanden. Aus seiner Kindheit weiß Redner, daß zur Podenepidemie in Hamburg die Zigarettenarbeiter bis zum letzten Augenblick arbeiteten, als die Poden schon längst sichtbar waren. Zu beachten ist, daß die Krankenversicherung der Hausarbeiter erst eintritt, wenn sie durch Ortsstatut festgesetzt ist. Davon haben eine große Anzahl Gemeinden keinen Gebrauch gemacht. Das trage dazu bei, daß die Heimarbeiter in Krankheitsfällen bis zur völligen Erschöpfung arbeiteten. Kollegen, die bei einem Hausindustriellen arbeiteten, haben Entsetzliches berichtet. Sie gaben vor Eitel die Arbeit auf. Stelle man sich die ungeheure Anstehungsgefahr auch für den Konsumenten vor. In der Fabrik wäre so etwas ganz ausgeschlossen.

Nachdem Redner die Benachteiligung der Hausindustrie in der gesamten Versicherungsgebung betont hatte, kam er auf die Entlohnung zu sprechen: Nach den Ziffern der Berufsgenossenschaft im Jahre 1901 pro Arbeiter 513 Mk. und 526 Mk. im Jahre 1904. In den verschiedenen Gebieten des Reiches ist die Entlohnung verschieden. Am höchsten war der Durchschnittslohn im Gebiete der Sektion 4 (Hamburg, Bremen und anstehendes Gebiet) mit 623 Mk. im Jahre 1901 und mit 632 Mk. im Jahre 1904. Im Jahre 1893 lag der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter um 22 Prozent unter dem allgemeinen Durchschnittslohn der deutschen Arbeiterschaft, jetzt liegt er sogar 43 Prozent darunter, da sich der allgemeine Durchschnitt gehoben hat, der der Tabakarbeiter aber nicht. Ueber das Verhältnis des Verdienstes der Heimarbeiter zu dem der Fabrikarbeiter geben einige Zahlen Auskunft. Wo die Zigarettenarbeiter in der Fabrik 29 Pfg. pro Stunde verdienen, da die Heimarbeiter 22 Pfg.; dem Verdienst der Widelarbeiterin in der Fabrik von 19 Pfg. pro Stunde stehe ein Stundenverdienst der Heimarbeiterin von 15 Pfg. gegenüber. Infolge der Hausarbeit passieren die größten Willkürlichkeiten der Fabrikanten bei Festsetzung der Löhne. Die schlimmste Wirkung der Hausarbeit ist die, daß die Kinder im zartesten Alter körperlich, moralisch und geistig zugrunde gerichtet werden. Man kann beinahe sagen: Soviel Kinder die Hausarbeiter der Tabakindustrie haben, soviel Kinder werden hier bei der Heimarbeit beschäftigt. Sogar eine Ausbeutung der Kinder anderer gegen geringstes Entgelt kommt vor. — Redner ist unter Berücksichtigung aller Mißstände zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Heimarbeiter in der Zigarettenindustrie durch gesetzliches Verbot ein Ende gemacht werden müßte. Eine sofortige Durchführung würde indessen eine große Härte sein. So wären nach seiner Meinung für die Uebergangszeit Ausnahmegestimmungen notwendig. Es könnten die schon vorhandenen Heimarbeiter von einem bestimmten Alter ab vom Verbot ausgeschlossen werden. Die Hauptsache wäre ja die Besserung für die Zukunft. Möglich wäre sie schon im Rahmen der heutigen Gesellschaft. Besonders auch, wenn die große Masse des Publikums, Arbeiterschaft und Bürgertum, mit eintrifft und seine Konsumentenmacht geltend macht. Er verweise auf die glänzenden Erfahrungen, die die Tabakarbeiterorganisation in Amerika mit der vom Publikum beachteten Schutzmarke gemacht habe. In Amerika hätten die Zigarettenarbeiter jetzt den Achtstundentag und hohe Löhne, während sie in Deutschland die längste Arbeitszeit und die geringsten Löhne hätten.

Rundschau.

Der Tabakverbrauch Amerikas ist ein ungeheurer. Es sind im letzten Jahre etwa 440 Mill. Pfund konsumiert worden, also mehr als das Doppelte des Verbrauchs von Deutschland, das an zweiter Stelle steht, über fünfmal soviel als der im Vereinigten Königreich und mehr als Deutschland, Rußland und Frankreich zusammen verbrauchen. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen 5,40 Pfund, während in Belgien freilich sogar 6,25 Pfund Tabak pro Kopf konsumiert wird. Da aber als Raucher nur die erwachsene männliche Bevölkerung der Vereinigten Staaten in Betracht kommt, die ein Drittel der Gesamtbevölkerung beträgt, so verbraucht jeder Raucher über 16 Pfund Tabak jährlich. Der Export von Blättertobak aus den Vereinigten Staaten beträgt 350 Mill. Pfund im Jahre; die Ausfuhr von Rippentobak über 10 Mill. Pfund; die von gepreßtem 7 Mill. Pfund; von Zigarren und Zigaretten 2 Mill. Pfund. Die Einfuhr von Blättertobak beträgt 35 Mill. Pfund, wovon 22 Millionen aus Kuba, 6 Millionen aus Sumatra und 2 Millionen aus der europäischen Türkei kommen.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Staate Newyork beginnen sich mit der steigenden wirtschaftlichen Konjunktur von dem zeitweiligen Niedergang, den sie während der wirtschaftlich ungünstigen Zeit 1903/04 erlitten, zu erholen. Nach den Feststellungen des Newyorker Arbeitsamtes ist die Zahl der organisierten Arbeiter im Staate Newyork vom 1. April bis 1. Oktober v. J. von 374 282 auf 382 201 gestiegen, ein Gewinn also von 7910 Mitgliedern oder etwa über 2 Prozent. — Infolge des besseren Geschäftsganges hat aber auch die Einwanderung innerhalb des letzten Jahres sehr zugenommen. Das ergibt sich schon allein aus den Zahlen, die das Arbeitsamt über Newyork bekannt gibt. Danach sind im dritten Quartal 1905 im Hafen von Newyork 169 467 europäische Auswanderer gelandet, gegen 139 818 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mehr als ein Viertel dieser Einwanderer kam von Italien, ein Sechstel waren Juden; 28 Prozent aller Einwanderer waren Analphabeten.

Berichte.

Dresden. Erklärung! Auf die im Tabakarbeiter Nr. 4 veröffentlichte Notiz des Kollegen Kurz bemerkt die Redaktion, einen Bericht der Versammlung nicht erhalten zu haben. Ich sehe mich nun veranlaßt, als Schriftführer dieser Versammlung zu erklären, daß fraglicher Bericht, an dessen Veröffentlichung die Dresdner Kollegen großes Interesse hatten, am 7. Januar von mir abgelehnt wurde. Der Vorgang ist um so rätselhafter, als Zuschriften an die Redaktion bis jetzt noch nicht abhandeln gekommen sind. Wir müssen den Verlust um so mehr beauern, da der Bericht die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes über die Situation in Dresden informiert, aber auch die Bekanntmachung des Vorstandes und Ausschusses (Tabakarbeiter 2) speziell was die provisorische Kommission anbelangt, in ein recht eigentümliches Licht gestellt hätte.

Georg Schütze.

(Es ist uns weder der Bericht, noch das bekannte Flugblatt zugegangen. Red. d. T.-A.)

Dresden. Am 27. Januar fand im Gasthof zu Pieschen eine Protestversammlung gegen die Tabak- und Zigarettenpapiersteuer statt. Reichstagsabgeordneter Wolkensburger unterzog die Steuerentwürfe einer scharfen Kritik und wies nach, welche ungeheure Schädigung durch Annahme dieser Vorlage den schon jetzt am schlechtesten bezahlten Tabakarbeitern droht. Pflicht sei es daher, energig dagegen Protest zu erheben.

In der Debatte sprach Kollege Uhlig in demselben Sinne und forderte zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation auf, sowie zum Lesen der Arbeiterpresse.

Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die geplante Erhöhung oder Neueinführung von Steuern und Zöllen auf Tabakfabrikate. Diese Gesetzesvorlagen stehen in einem unlöslichen Widerspruch mit dem Schutze zugunsten der Arbeiterklasse und des Mittelstands, der die Grundlage der deutschen Sozialreform bilden soll.“

Die geplanten Steuern und Zölle sind ruiniös für die Tabakindustrie und vernichtend für die Existenz von Zehntausenden von Arbeitern, die mit ihren Familien der Not und dem Elend preisgegeben werden; sie wirken aber auch lohnbrückend für diejenigen, die unter den neuen, bedeutend verschlechterten Erwerbsverhältnissen in der Tabakindustrie noch Beschäftigung finden; endlich werden diese Steuern und Zölle in der Hauptsache von den besitzlosen Klassen aufgebracht.

Die Versammlung fordert vom Reichstag, daß derselbe die ihm vorliegenden Gesetzentwürfe ablehnt und die für erhöhte militärische Rüstungen zu Wasser und zu Lande nötig werdenden Mehrausgaben auf die Schultern derjenigen legt, zu deren Schutz und auf deren Verlangen diese Rüstungen gemacht werden, auf die Schultern der besitzenden Klassen durch Einführung direkter Reichssteuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaft.“

Griesheim b. Darmstadt. Am 28. Januar fand hier unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Wahl der Bevollmächtigten; 3. Verschiedenes. Der Kassierer Waffholtz erstattete den Rapport; welcher von den Kontrollleuren geprüft und für richtig befunden und ihm darauf Decharge erteilt wurde. Zu Bevollmächtigten wurden gewählt: Georg Moser als erster, Valentin Notnagel als zweiter und W. Kübler als dritter. Zu Kontrollleuren wurden Schäfer, Koch und Becker gewählt. Unter Verschiedenem stellte Kollege Notnagel den Antrag, jeden ersten Montag im Monat Versammlung abzuhalten, welcher auch angenommen wurde. Nach längerer Diskussion über lokale Angelegenheiten wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Sunnebrof. Am 14. Januar hielt die Zahlstelle in Sunnebrof die monatliche Mitgliederversammlung ab. Es standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Zahlung rückständiger Beiträge; 2. Ummwahl des Vorstandes; 3. Wahl von drei Kartelldelegierten; 4. Wahl eines Delegierten nach Viefefeld. Zu Punkt 2 wurden folgende Mitglieder zum Vorstände gewählt: Als erster Bevollmächtigter Gustav Brinkmann, zweiter Bevollmächtigter Heinrich Borenkämper, als Schriftführer Heinrich Weyler; als Kontrollleure: August Stieglingsher, Hermann Haubrot, Hermann Siekmann. Zu Punkt 3 wurden gewählt: Brinkmann, Weiberk und Koch. Klaus wurde nach Viefefeld zur Konferenz gewählt. Darauf hielt unser Gauleiter Schliuter aus Viefefeld eine Ansprache an die Mitglieder. Redner legte den Wert des Verbandes klar und wies besonders darauf hin, daß ein jedes Mitglied aushalten müßte, wenn sie eine bessere Lage haben wollten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen mit der Bitte, daß ein jedes Mitglied für den Verband agitieren solle, bis sämtliche Kollegen und Kolleginnen organisiert wären.

Ludau. Am 21. Januar fand eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal 1905; 2. Bericht des Delegierten von der Gaukonferenz in Berlin; 3. Wahl eines Kontrollleuren; 4. Verschiedenes. Von dem zweiten Bevollmächtigten Kollegen Stephandt wurde die Abrechnung vom vierten Quartal 1905 vorgelesen und für richtig befunden. Dann wurde der Bericht von der Gaukonferenz vom Kollegen Kroske vorgetragen. Kollege Tschirch machte den Delegierten darauf aufmerksam, daß von den meisten Zahlstellen, die einen Delegierten geschickt haben, deren Arbeitsverhältnisse, bisweilen auch die Behandlung der Arbeiter geschildert worden ist, bloß von der Zahlstelle Ludau war im Tabakarbeiter nichts zu finden. Das hätte für Ludau sehr gut sein können, denn die Arbeitsverhältnisse seien sehr traurig und die Behandlung, besonders bei der Firma Heugel sei nicht zufriedenstellend. Kollege Kroske antwortete, er habe dies schriftlich eingefandt. Zu Punkt 3 wurde der Kollege Otto Richter II als Kontrollleur gewählt. Unter Verschiedenem wurde vom Kollegen Tschirch die Beitragserhöhung nicht für richtig anerkannt. Redner führte an, daß die Tabakarbeiter sich in solch trauriger Lage befänden, daß sie die Beiträge von dem wenigen Lohn sich richtig abbarben müssen; dazu seien die Unterstüßungen noch erniedrigt. Dann wurde über den Fall Uhlig in Dresden debattiert, wonach folgende Resolution angenommen wurde: „Die Zahlstelle Ludau protestiert gegen die so zeitige Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Es möge der Vorstand und der Ausschuß mit der Zahlstelle Dresden und dem Kollegen Uhlig noch eine Einigung herbeiführen.“ — Es sind 6,70 Mk. zur Bekämpfung der Tabaksteuerentwürfe von 5 Pfg. Beiträgen zusammengekommen. Einen Delegierten kann die Zahlstelle Ludau nicht entsenden zum Kongress zur Bekämpfung der Tabaksteuer, denn unter den Mitgliedern war das Geld nicht zusammenzubringen und auf andre Hilfe könne nicht gerechnet werden. Es steht hier auch kein Lokal zu einer öffentlichen Versammlung zur Verfügung. Außerdem wurde noch der Fall des Kollegen v. Niempt vorgenommen. Hier wurde beschlossen, dem Kollegen v. Niempt mitzuteilen, daß er die Maßregelungsunterstützung zurückzahlen hat, so weit er für die Zeit, wo er die genannte Unterstüßung erhalten hat, auf die Klage gegen die Firma Heugel die Entschädigung erhalten hat. Dasselbe wurde auch vom Vorstand beschlossen. Auch wurde vom Kollegen Richter in Anregung gebracht, daß der Kollege Kroske als Delegierter mit seiner Auslösung nicht ausgekommen sein sollte. Es wurde beschlossen, dies dem Vorstand mitzuteilen. Dann wurde die Versammlung durch ein Durcheinanderreden, welches bald zu heftig wurde, unterbrochen. Dann wurden noch die Kollegen Kroske, Ciriac, Richter und Löb als Fabrikkommission gewählt. Es wurde festgestellt, daß von 18 organisierten Kollegen nur drei die Arbeiterpresse, die Märkische Volksstimme, lesen.

Magdeburg. Am 27. Januar fand im Lokale von Kraußsch eine Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905; 2. Vortrag über Sozialismus; 3. Bericht von der Gaukonferenz; 4. Bericht vom Gewerkschaftskartell; 5. Verschiedenes. Da die Versammlung nur schwach besucht ist, wird beschlossen, den Vortrag des Arbeiterssekretärs Mößinger auf die nächste Versammlung zu vertagen. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 1150,54 Mk., eine Ausgabe von 666,15 Mk. und einen Kassenbestand von 494,39 Mk. Die Lokalkasse hatte 163,35 Mk. Einnahme, 80,50 Mk. Ausgabe und 84,85 Mk. Kassenbestand. Kollege Hagel befandet als Kassenrevisor deren Richtigkeit. Den Bericht über die in Halberstadt stattgefundene Gaukonferenz erstattete Kollege Schanz. In der Diskussion kamen die Kollegen Ziegenbein und Sauer auf die Beschlüsse der Generalversammlung zu sprechen; sie glauben, daß die Beitragserhöhung mit Verminderung der Leistungen in den Kreisen der Mitglieder nicht gut aufgenommen wird. Die Kollegen Gebbe und Hagel berichteten über die Sitzungen des Gewerkschaftskartells. Im Verschiedenen wird beschlossen, der Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuer in Berlin aus der Lokalkasse 30 Mk. zu überweisen. Die Interesslosigkeit der Zigaretten Kollegen wurde scharf gerügt. Von der Fabrik Mühlrad und Sella

war nicht ein Kollege anwesend, trotzdem dieselbe zu den größten am Orte gehört.

Orsbj. Am 4. Februar fand im Kristallpalast eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905; 2. Verschiedenes. Nachdem der zweite Bevollmächtigte den Kasienbericht gegeben hatte, wurde ihm einstimmig Decharge erteilt. Unter Punkt 2 wurde beschlossen, vorstehenden Verbandskollegen nur von Verbandsmitgliedern einen Kranz zu stiften. Weiter wurde die Vergütungskasse aufgelöst. Auch wird laut Versammlungsbeschluss die Sperre über die Wirtschaften Kersten und Hagen aufgehoben. Ueber die Wirtschaft Fischer bleibt die Hingegen nach wie vor bestehen; es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, diesen Beschluss besser wie bisher durchzuführen. Kollegen, der letzte Versammlungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig; möchtet ihr die Mahnung nicht übersehen, bei weiteren Versammlungen zahlreicher zu erscheinen, denn: Einigkeit macht stark.

Seiffhennersdorf. Nachdem seitens des Gewerkschaftsartells die Lokalfrage eine Regelung erfahren, war es hier möglich, in die Protestbewegung einzutreten. Für den 21. Januar war schon eine Versammlung einberufen, welche aber unter folgender Begründung verboten wurde: „Wenn auch das Thema — Das geplante Attentat auf die Tabakindustrie — an sich unferfänglich erscheint, so steht doch angesichts der von der sozialdemokratischen Parteileitung und den führenden Parteiblättern gegebenen Weisung ernstlich zu befürchten, daß der eigentliche Zweck der Versammlung im Grunde nur die Aufregung der großen Menge ist, welche bereits andernwärts zur Verübung von strafbaren Handlungen geführt hat. Zur Verhütung derartiger Vorkommnisse ist es notwendig, solche Versammlungen in diesen Tagen zu inhibieren. Königliche Amtshauptmannschaft v. Benschütz.“ Eine Kritik dieses Verbots ist überflüssig. Für Sonnabend, den 3. Februar, war wieder eine Versammlung angemeldet mit demselben Thema, welche auch stattfand. Reichstagsabgeordneter Edmund Fischer zerpflückte in andernhalbständiger Rede die Steuerpläne der Regierung, die schädlichen Folgen der Tabaksteuer besonders darlegend. In der Debatte beleuchtete ein Genosse in treffenden Worten, wie dem Volke alle Rechte verweigert werden, dafür aber alle Lasten aufgebürdet bekommt, und dabei soll es noch Liebe zum Vaterlande behalten. Eine Resolution, welche sich gegen jede weitere Mehrbelastung des Tabaks erklärt, fand einstimmige Annahme. Die Kollegen waren fast vollzählig zur Versammlung erschienen. Die Fehlenden haben nur wieder gezeigt, daß ihnen jedes Interesse an den bestehenden miserablen Zuständen fehlt.

Zwickau. Eine öffentliche Versammlung, welche von zirka 300 Personen besucht war, tagte im Veldere. Dieselbe nahm Stellung zu der Reichsfinanzreform und Steuererhöhung der Reichsregierung. Genosse Redakteur Bloß aus Dresden hatte hierzu das Referat übernommen und zerpflückte in andernhalbständiger wohlwörter Rede die Steuerpläne des Reichsschatzsekretärs Freiherrn v. Stengel, dabei die Wirkung derselben auf das Wirtschaftsleben der Arbeiter hervorhebend. Des längeren behandelte Redner die geplante Bier- und Tabaksteuererhöhung, wodurch nicht nur die Konsumenten, sondern in der Hauptsache die in diesem Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen schwer geschädigt werden würden. Als Ausdruck des Protestes gegen die vorgezeichnete neue Belastung des arbeitenden Volkes durch Steuererhöhungen wurde hierauf nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige gut besuchte Volksversammlung erklärt sich in Uebereinstimmung mit dem Referenten, Redakteur Bloß aus Dresden, gegen die von der Reichsregierung beliebte Ausgestaltung der sogen. Reichsfinanzreform, die im wesentlichen abermals auf eine ungeheure Mehrbelastung der Schultern des arbeitenden Volkes hinausläuft, einverstanden; insbesondere protestiert sie gegen die geplante Erhöhung der Weisstraumsteuer und der Tabaksteuer, welche nicht bloß die Konsumenten dieser wichtigen Genußmittel empfindlich treffen, sondern auch die Produzenten des deutschen Tabaks, ganz besonders jedoch die blühende Tabak-, Zigarren- und Zigarettenindustrie vor die folgenschwersten Nachteile stellt, insofern durch die Tabak- und Zigarettensteuer viele Tausende braver, ehrlicher Tabakarbeiter und Arbeiterinnen der mit Sicherheit zu erwartenden Einschränkung der Produktion zum Opfer fallen und arbeitslos werden. Die Versammlung beurteilt mit Entschiedenheit die Steuerpolitik der Reichsregierung, die unter möglichster Schonung der bestehenden Klassen die ärmeren konsumierenden und produzierenden Klassen in ihrer Wahlbarkeit, ja selbst in ihrer Existenz bedroht. Die Versammelten erheben Protest gegen diese volksfeindliche Steuerpolitik und versprechen, den Kampf gegen diese Politik mit aller Schärfe und Energie zu unterstützen, bis dieser abermalige Anschlag gegen das arme Volk zu schanden geworden ist.“

Briefkasten.

F. S., Pölzig. In Klatschform wird keine Erwiderung aufgenommen. Dazu ist der Tabakarbeiter nicht da.

Vereinstell.

Zentral-Kranken- und Sterbeliste der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Altenhorn**, Mozartstr. 5, I.
Ausgang: D. Sidow, Brandenburg a. S., kurze Straße 3.
Schiedsgericht: Th. Jungblut, Hamburg, Antelmstr. 10.

Eingegangen: Bernburg 50 Mk., Halbau 40 Mk., Zweibrück 50 Mk., Goldenstedt 60 Mk., Heilbronn 50 Mk., Ebingen 150 Mk., Freben 80 Mk., Bauen 150 Mk., Hannover 50 Mk., Spremberg 25 Mk., Reußenheim 100 Mk., Weisen 100 Mk., Nordhausen 100 Mk., Durlach 20 Mk. — **Sterbeliste:** Hess.-Oldendorf 37 92 Mk., Halbau 8.73 Mk., Bernburg 69 Mk., Hamburg 70 Mk., Mündebeln 21 Mk., Heilbronn 49.20 Mk., Frankfurt 16.30 Mk., Nordhausen 4.40 Mk., Gannstatt 18.11 Mk., Bauen 24.15 Mk., Schönlake 29.50 Mk., Hanover 28.30 Mk., Durlach 14.20 Mk., Lauffen 17.80 Mk., Ratibor 62.10 Mk.

Zusätze: Rheingönheim 100 Mk., Mündenheim 50 Mk., Fraunswieg 100 Mk., Magdeburg 50 Mk. — **Krankengeld:** 39.92 Mk.

Verichtigung. In voriger Nummer muß es heißen: Freiberg 11.96 Mk. (statt 50 Mk.) und Viebrich 17.05 Mk. (statt 11.96 Mk.).
Hamburg, den 5. Februar 1906. W. Otto.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender. **Bremen, Marktstr. 18, II.**
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Wolland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an Emil Gilken, Altona, Bl. Lagerstraße 11a, part., zu adressieren.

Benachrichtigung.

Als gestohlen gemeldet wurde das Buch Ser. I, 19208, lautend auf **Ernst Heyner** aus **Görsch 5. J.** Derselbe ist eingetreten am 18. 5. 1903.

Desgleichen ist als verloren oder gestohlen gemeldet das Buch Ser. I, 29529, Kl. III, lautend auf **Otto Boese** aus **Halborg**

(Zülfand) derselbe ist eingetreten am 18. 6. 05 und hat zwei Marken à 40 Pfg. in diesem Jahre gefleht.

Beide Bücher sind im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und einzulösen.

Der in Nr. 4 und 5 aufgeführte **Emil Denk** hat sich nicht gemeldet und nunmehr die Streichung nach § 15 vollzogen. Man achte darauf, wenn das Buch desselben irgendwo auftaucht, dasselbe zu konfiszieren und einzulösen.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom 31. Januar bis 6. Februar 1906 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:		B. Freiwillige Beiträge:	
Nr.	Betrag	Nr.	Betrag
26. Januar. Goh.	80.—	31. Heide i. S.	160.—
28. Bünaastadt	200.—	31. Birbaum	30.—
29. Saifbed	75.—	1. Februar. Lippstadt	50.—
29. Kellingen	100.—	1. Bergedorf	150.—
29. Ceesen	100.—	1. Glag	120.—
29. W. Br. a. Rh.	15.—	1. Spemberg	150.—
29. Hanover	400.—	2. Viele-Sundhausen	60.—
29. Connewitz	60.—	2. Kellinghufen	100.—
29. Hgen i. W.	25.—	2. Ottenen	400.—
29. Hamburg	400.—	3. Frankfurt a. D.	250.—
29. Dppeln	50.—	3. Wethen	100.—
29. Jaitow	300.—	4. Eibau i. S.	100.—
29. Weiz	20.—	4. Trien	85.—
29. Roslod	150.—	4. Schweppitz	150.—
30. Tangermünde	120.—	5. Peier	100.—
30. Burg b. Magdeburg	50.—	5. Oenabrück	150.—
30. Wa. dschd	150.—	5. Weden	1000.—
30. Buttstädt	30.—	5. Weifen	100.—
30. Bria	90.—	5. Forst	50.—
30. Helmst dt.	44.—	5. Weisenburg	100.—
30. Prenglau	100.—	5. Ottenen	40.—
30. C. Imen	80.—	5. Rovenen	130.—
30. Griesheim	40.—	5. Eberwerda	20.—
30. H. d. r. Steben	200.—	5. Küst. in	75.—
31. H. de eig.	35.—	5. Egleben	60.—
31. Si desheim	150.—	5. Rathenow	40.—

C. Für Annoucen:
 5. Februar. Neumünster, W. Johs. ein, in Nr. 4 d. T. M. — 80
 Verichtigung. Die am 16. Januar eingekundten 200 Mk. soll Neuhaus a. Elbe heißen (statt Neuhaus).

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.
 Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Untergeschichten einbringen.
 Gründe die Herrn Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 6. Februar 1906. W. Nieder-Wolland, Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Nürnberg: Franz Schulze als 1. Bev., Sev. Balbt als 2. Bev., Kolp. Kieder als 3. Bev.; Jakob Geis, Jean Armeier als Kontrolleure.
Für Durlach: Emil Kraus als 1. Bev., Jakob Kurzmann als 2. Bev., Karl Huber als 3. Bev.; Luise Weigel, Katharine Hartig als Kontrolleure.
Für Frankfurt a. M.: Münch als 1. Bev., Wihl. Frey als 2. Bev., Kar. He. te als 3. Bev.
Für Waldheim: Rich. Rasch als 1. Bev., Aug. Felner als 2. Bev., Rich. Löffig als 3. Bev.; Emil Hause, Bruno Genssch, Maria Wolf als Kontrolleure.
In Maschhausen: Alb. Gahn als 1. Bev., Alb. Carl als 2. Bev., Alfred Träge als 3. Bev.; Gohn, Fildor, Hoff als Kontrolleure.
Für Sergedorf: Johs. Widoel n als 1. Bev., Friedrich Andreen als 2. Bev., Heinrich Schünnemann als 3. Bev.; Herm. Stropel, Karl Rieen als Kontrolleure.
Für Geldern: Joseph Waleing als 1. Bev., Peter Friden als 2. Bev., Konrad Orp als 3. Bev.; Gerh. v. Widern, G. Rupper, Wihl. Wirs als Kontrolleure.
Für Jauer: Ed. Rös er als 1. Bev., Ernst Herzog als 2. Bev., Wust. Schneider als 3. Bev.; Berthold Kallerne als Kontrolleur.
Für Gröndenz: Emil Lenz als 1. Bev., Artur Brill als 2. Bev.
Für Apolda: Friedr. Göttermann als 1. Bev., Martin Köpping als 2. Bev., Mag. Kaluja als 3. Bev.; Mifein, Weibig und Goppert als Kontrolleure.
Für Glag: Paul Hartwig als 1. Bev., Paul Blafcke als 2. Bev., Aug. Hegwer als 3. Bev.; Paul Gyner, Gustav Härtel, Ernst Strauch als Kontrolleure.
Für Hoffenheim: Anton Vidus als 1. Bev., Joh. Vidus als 2. Bev., Marinus Christensen als 3. Bev.; Karl Diegel, Thormalb Thermen, Karl Kraft als Kontrolleure.
Für Spremberg: Alexander Hoffmann als 3. Bev.
Für Odeveran i. S.: Bruno Wittig als Vertrauensmann.
Für Elstra: Klemens Berthold als 2. Bev.; Paul Baumgart als Kontrolleur.
Für Miloslaw: Paul Ernst als 1. Bev., Franz Wittkowski als 2. Bev., Mag. Klaumann als 3. Bev.; Felix Cirpla, Franz Jacobowsky, Joseph Wontroba als Kontrolleure.
Für Danzig: Bernh. Smutalla als 1. Bev., Ernst Pein als 2. Bev.; Paul Koch, Jgnas Gorla als Kontrolleure.
Für Griesheim bei Darm: Georg Wöder als 1. Bev., Valentin Notnagel als 2. Bev., Wihl. Kähler als 3. Bev.; Georg Koch, Wendelin Schäffer, Jakob Keiler als Kontrolleure.
Für Kadeberg: Emil Döbrich als Vertrauensmann; Mag. Artl, Ernst Schirnel als Kontrolleure.
Für Forst: Herm. Prüfer, Herm. Schröder als Kontrolleure.
Für Breunach: Joh. Widert als 1. Bev., Gustav Friebe als 2. Bev., Herm. Hendrich als 3. Bev.; Flüt, Hoffner, Weiffeneel als Kontrolleure.
Für Mettern: Joh. Gülsdorf als 1. Bev., Joh. Richter als 2. Bev., Herm. Feege als 3. Bev.; Julius Harber, Adolf Vorkamp, Magnus Peterien als Kontrolleure.
Für Landsberg: Paul Krabiell als 1. Bev., Rud. Schulz als 2. Bev., Paul Berndt als 3. Bev.; Emil Hinge, Wolf und Laß als Kontrolleure.
Für Oberwald: Wihl. Walter als 1. Bev., Louis Kempfert als 2. Bev., Mag. Engler als 3. Bev.; Wihl. Krämer, Gust. Sybow, Herm. Filtter als Kontrolleure.
Für Oldenburg: Joh. Jochen als 1. Bev., Heinr. Detken als 2. Bev., Jan Diet als 3. Bev.; Heinr. Uhlhorn, Ernst Böfe, Graf Dik.

Provisorisch aufgenommen sind:

Wihl. Move, Heinr. Müller aus Töningstädt (Holstein), Karl Stemmer, Albert Stemmer, Karl Harbmeyer aus Blotha. (352)
 Karl Jensen, Jens. Christian Christensen aus Kolbing, Hendred Mortensen aus Rafskow, Viktor Christensen aus Aalborg, Peter Christensen aus Horsens. (156)
 Marie Vog, Lina Kreiling, Luise Schmidt, Luise Müller, Marg. Müller, Heinr. Hörer aus Wiefed, Wihl. Kreuzburg aus Siehen. (408)
 Friedr. Hofe, Friz Weigen, Wihl. Weigel aus Glag. (183)
 Friz Berlin aus Hissenbrück (s. R.). (119)
 Auguste Wohleben aus Braunigswalde. (296)
 Willi Wagemt, Marie Döring aus Spremberg. (333)
 Bruno Bickler aus Königsbrück, Matthes Santa aus Almosen bei Senftenberg. (322)

Alwin Kroworick aus Breslau, Emma Meger aus Klein-Glandau bei Breslau, Marta Hänch aus Bettlern bei Breslau, Anna Mirbel aus Oppeln, Wihl. Sorge aus Viegitz. (36)
 Max Schuster aus Kamenz i. S. (s. R.). (464)
 Rob. Weibe aus Lichtenau. (472)
 Heinr. Schmidt, Wihl. Schütt, Wihl. Fabel aus Ueterien. (349)
 Wihl. Lehmburt aus Gufow. (196)
 Heinrich Starhan, Karl Döring, Wihl. Döring, Wihl. Albertsmeyer, Eward Fricke, Wihl. Rahlmeyer aus Rehme, Heinr. Wöbrmann aus Deynhausen, Friz Hören aus Rehme. (289)
 Lina Green aus Nürnberg. (7)
 Marg. Sawonnia, Raul Thörmer, Klara Sawonnia aus Brieg, Karl Schmidt aus Luitental, Wilhelm Kubnert aus Luitental (s. R.), Luise Land aus Luitental, Anna Trunt aus Rauern. (38)
 Heinr. Müller aus Töningstädt in Holstein (s. R.). (352)
 Marie Weniger aus Neumarck in Schles. (231)
 Anton Steinbach, Friz Schmarjer aus Wertber. (471)
 Gustav Becker aus Neu-Halen in Mecklenb. (270)
 Gustav Knuth aus Ueterien. (299)
 Bernh. Gidel und Herm. Markewitz aus ?. (106)
 Dorette Wachsweiler aus Hildesheim, Josephine Doring geb. Grimm aus Herzberg. (164)
 Paul Wäcker aus Greifenberg. (412)
 Emil Ubers aus Kellinghufen (s. R.). (181)
 Helene Schmidt aus Adenburg. (200)
 Frau Anna Hoffmann geb. Seifert aus Buchwalb bei Neumarck in Schles. (231)
 Paul Dölker aus Eilenburg, Hedwig Brendel aus Burg bei Magdeburg. (162)
 Aug. Weber aus Mühlhausen i. Thür. (4)
 Heinr. Straußhausen aus Halberstadt (s. R.), Marie Dolp aus Bernburg (35)

Heinrich Detken, Joh. Jochen, Emil Jhmels aus Varel i. Old., Friedr. Stod aus Derlinghausen, Joh. Mönich, Diebr. Mönich aus Wahrsteth, Heinr. Uhlhorn aus Oldenburg, Theod. v. Garl aus Friedtill, Ernst Böfe aus Rörbeitz. (260)
 Anna Runge aus Erfurt (84)
 Oskar Winter aus Breslau. (372)

Verichtigung. In Nr. 5 des Tabak-Arbeiter muß es unter „Provisorisch aufgenommen sind“ heißen: Peter Braun aus Alfenborn, Anna Johum, Magd. Mosmann, Anna Mack, Berta Leppler, Emilie Weinkauff aus Kaiserslautern.

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Untergeschichten einbringen.

Bremen.

Der Vorstand.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Barmstorf: Nur an Kollegen, die hier in Arbeit treten.
In Frankfurt a. M.: Durch W. Frey im Gewerkschaftshause. Abends von 7-7½ Uhr.
In Glag: Durch P. Blafcke, Freiheit 22. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12-2 Uhr mittags.
In Griesheim: Durch den 1. Bev. Georg Moser, Wilhelmstraße 16. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags. An Sonn- und Festtagen von 12-2 Uhr mittags.
In Hausberg: Nur an Mitglieder, die hier in Arbeit treten.
In Landsberg a. W.: Bei Rud. Schulz, Reymdamstr. 22, I. An Sonn- und Wochentagen von 12-1½ Uhr mittags und 7-8 Uhr abends.
In Melle (Hannover): Beim 1. Bev. Heinr. Meier, Feldstr. 351. Von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. — Das Umschauen der Kollegen ist streng unter sagt. Arbeitsnachweis beim 1. Bev. Heinr. Meier, Feldstr. 351.
In Nedarhausen: Beim 2. Bev. Michael Berg, Hintergasse. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11-1 Uhr mittags.
In Rehme: Bei Friz Bültemeyer, Nr. 166. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11-12 Uhr mittags.
In Erbbin: Durch Hermann Ebel, Schützenstraße. An Wochentagen von 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11-12 Uhr mittags.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Frankfurt a. M.: Durch W. Frey im Gewerkschaftshause. Nur Sonn abends von 5½-6½ Uhr abends.
In Hoffenheim: Durch Anton Vidus. Sonntags von 12-2 Uhr mittags.
In Nedarhausen: Beim 2. Bev. Michael Berg, Hintergasse. Von 11-1 Uhr mittags.

Adressenänderung:

Für Danzig: Der 1. Bev. Bernh. Smutalla wohnt Hausdor Nr. 4b, I.
Für Elstra: Alle Zuschriften richte man an Klemens Berthold, Markt 150.
Für Frankfurt a. M.: Der 1. Bev. Ludwig Münch wohnt Eisere Hand 42, pt. An diesen sind alle Zuschriften zu richten.
Für Gröndenz: Der 1. Bev. Emil Lenz wohnt in Neuborf bei Graude.
Für Griesheim: Der 1. Bev. Georg Moser wohnt Wilhelmstr. 16.
Für Landsberg a. W.: Der 1. Bev. Paul Krabiell wohnt Angerstr. 5.
Für Miloslaw: Der 1. Bev. Paul Ernst wohnt Rosenstr. 107.
Für Müschchen: Der 1. Bev. Mag. Zimmermann wohnt Schloßhäuser 115. Alle Zuschriften sind an vorstehende Adresse zu richten.
Für Nedarhausen: Der 1. Bev. Franz Brunny wohnt Friedrichstraße; — der 2. Bev. Michael Berg wohnt Hintergasse.
Für Nürnberg: Der 1. Bev. Franz Schulz wohnt Martin-Richter-Str. 32/3. Alle Zuschriften sind an diese Adresse zu senden.
Für Oldenburg (Groß): Der 1. Bev. Johann Jochen wohnt Reddens. eg 28.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
In Leipzig: Sonnabend, den 10. Februar, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Reizer Straße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig. **J. A.: Der Vertrauensmann.**
In Tschenditz: Sonnabend, den 10. Februar, abends 9 Uhr, in der Weigen Laube, Halleische Straße. Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Wahl eines Kartellbelegierten. 4. Bericht über die Gaukonferenz in Leipzig. Referent: Kollege Kaphua. 5. Verschiedenes. **J. A.: Der Vertrauensmann.**
In Bantichen: Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Gläser's Restaurant, Neu-Welschhufe. Tagesordnung: 1. Bericht vom Kongreß (Kollege Haberland). 2. Abrechnung. 3. Gründung einer Zahlstelle. 4. Kartellbericht und Delegiertenauswahl. 5. Verschiedenes. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Altenburg: Montag, den 12. Februar, abends 8½ Uhr, im Goldenen E. gel. Tagesordnung: 1. Bericht vom Tabakarbeiter-Kongreß zu Berlin. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. — Hierzu sind alle Tabakarbeiter eingeladen. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Barmbeck: Montag, den 12. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn F. Ellerbrock, Heinrich-Herz-Str. 123. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Bericht vom Kartell. 3. Wahl der in Vorfall zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 4. Wahl des Kartelldelegierten. 5. Lokalfrage. 6. Verschiedenes. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In Kaiserslautern: Montag, den 12. Februar, in den Drei Nöhren, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Bericht vom Berliner Kongreß. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**

In **Wien**: Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Gastwirt Sauter. Tagesordnung: 1. Bericht vom Berliner Tabakarbeiterkongress. 2. Verschiedenes. — Hierzu werden sämtliche nicht-organisierte Kollegen freundlichst eingeladen.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Leipzig**: Montag, den 12. Februar, abends Punkt 7 1/2 Uhr, bei Hermann Heide. Tagesordnung: 1. Abrechnung und Jahresbericht. 2. Bericht von der Konferenz in Leipzig. 3. Jahresbericht vom Kartell. 4. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden er-
sucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Düsseldorf**: Sonnabend, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause. Die Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. — Pflicht der Kollegen ist es, vollständig zu erscheinen.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Essen**: Sonnabend, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal. Die Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Enger**: Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet bei Gastwirt C. Brüggemann (im oberen Zimmer) eine Besprechung über den Kongress zu Berlin statt. Bitte alle Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Driesen. Sämtliche Zuschriften sind an den 1. Bev. Ludwig Bitter, da derselbe dem Verbandsrat nicht mehr angehört.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Kreuznach. Arbeitende Kollegen werden ersucht, in ihrem eigenen Interesse sich an den Bevollmächtigten zu wenden.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Oldenburg (Großh.). Das Verbandslokal befindet sich bei F. Börner (Zum großen Versteher).
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Tabakarbeiter-Genossenschaft

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Montag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr

General-Versammlung

im Lokale des Herrn Aug. Rieck, Altona
Hamburger Strasse Nr. 8.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht pro 1905. 2. Genehmigung der Bilanz und Beschlüßfassung über die Verteilung des Reingewinns. 3. Antrag des Aufsichtsrats: Festsetzung der Gehälter der Vorstandsmitglieder. 4. Wahl des Geschäftsführers. 5. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern.

Tabakarbeiter-Genossenschaft

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).
Der Aufsichtsrat: E. Hupperh, Vorsitzender.

Albert Steen, Bremen.

Roh-Tabak zur Zigarren-Fabrikation.

Schneeweiß und flott brennende Sumatra-Decken in großer Auswahl. Brasil, Java, Havanna, Mexiko, Vorstenlanden und Domingo in hochfeiner, tabelloser Beschaffenheit zu bekannt billigen Preisen.
Losgut 1a sehr blattig, hochfeine Mischung, mit viel Feltz u. Havanna 80
Losgut 2a blattig und fein, schöne Mischung mit Havanna 75
Verband gegen Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen.

Von neuen Einfäusen empfehle als ganz besonders billig und vorteilhaft:

Vorstenland-Decker, 2. Länge Vollblatt, hell, zart, leicht, enorme Deckkraft, schneeweiße Brand, 220 Pfg.; **braune Farben** 160 Pfg. — **Borneo-Decker**, 2. Länge Vollblatt, von hellbrauner Farbe, ausprobierte Deckkraft 1 1/2 Pfund pro Mille, 200 Pfg.; **dunkle Farben** 120 Pfg. — **Sumatra-Decker** in allen Farben und Längen, schneeweiß und flott brennend, 120, 150, 160, 180, 200, 220, 250 getigert, 300 bis 450 Pfg. — **Sumatra-Umblatt**, sehr leicht und zugfest, brennt als Decker weiß, 120 Pfg. — **Java-Umblatt** 85, 90, 100, 105 Pfg. — **St. Felix-Brasil-Decker**, braune Farben, sehr eralebig und schneeweiß brennend, 160, 180, 120 Pfg.; **Decker und Umblatt** 110 Pfg.; **reines Umblatt** 105, 100 Pfg.; **Umblatt und Einlage** 90, 85 Pfg.; **Einlage** 80, 75 Pfg. — **Seedleaf-Umblatt** 100, 90, 80, 75 Pfg. — **Jara-Cuba, Decker und Umblatt**, feinste Qualität 160 Pfg.; **Einlage** 120 Pfg. — **Domingo-Umblatt** 100, 90, 85, 80 Pfg. — **Carmen-Umblatt**, zart und breitblättrig, 100, 90 Pfg. — **Havanna**, große Original-Malotten, 85, 130, 150, 200, 250, 300, 450 Pfg. — **Mexiko** 130, 150, 300, 350, 400 Pfg. — **Losgut**, meist Umblatt, als: **Brasil, Java, Domingo, Seedleaf, Carmen, Havanna** 80 Pfg., **Paraguay** 80 Pfg.

Neue schmiedeeiserne Formenpressen

inkl. Holzfuß und Drehbrett, mit unzerstörbarem Schlaggewinde und Mutterverschraubung 6.50 Mk., mit Spitzgewinde 5 Mk.

Gebrauchte Wickelformen

sehr gut erhalten, als: röhre, halbröhre und gerade Fassons, 30 bis 100 Pfg. Schiffchen-Abdrücke hiervon werden sofort gratis und franko.

Gummi-Tragant, allerfeinste, helle Ware pro Pfund 300 Pfg.
Zigarrenband, gelbe Halbseide pro 50 Meter-Rolle 150 Pfg.
Zabatspreise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtwall 36. Fernsprecher 3946.

Roh-Tabak-Versand. Ausnahme-Offerte.

St. Felix-Brasil, Aufarbeiter, meist Decke, 110 Pfg. per Pfund, bei 10 Pfund 105 Pfg.
ff. Sumatra-Decke, 2. Länge Vollblatt, 2 Pfund Deckkraft, mittel bis hellbraun, 180 Pfg. per Pfund. — 2. Länge Stückblatt, 2 1/2 Pfund Deckkraft, 135 Pfg. per Pfund.
ff. Java-Einlage 80 Pfg. per Pfund.

Alle anderen Sorten preiswert.
Fordern Sie Preisurant.

H. C. A. Jensen

Hamburg, Katharinenstrasse 43.

Filiale: Ottensen, Kleine Rainstrasse 8.

En gros. **Rohtabak** En détail.

F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grosse Auswahl! Billigste Preise!

Preisliste gratis und franko.

Trotz

der täglich steigenden Rohtabakspreise empfehlen wir alle Sorten Zigarrentabake billigt.
Sumatra-Decken zu 150—400 Pfg. per Pfund verzollt. Besonders preiswert **Sumatra-Decker**, 2. Länge Vollblatt, weißer, schöner Brand, Farben hell bis mittelbraun, per Pfund verzollt 160 Pfg., bei 9 Pfund zu 150 Pfg. per Pfund.
Versand nur gegen Nachnahme. Versand nur gegen Nachnahme.

Borrmann & Linneweber

Bremen, Freibezirk.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 185,
Gegründet 1879.

Ausnahme-Offerte:

Havanna-Deck-Sur.

200 Pfg. verzollt

riesig deckfähig, schneeweiß brennend.

Sumatra-Deck

200 Pfg.

elegant Lichtbraun, feiner Geschmack.

Uckermarker Losblatt nur 55 Pfg.

Direkter Einkauf

Eigene Bearbeitung!

Sämtliche Fabrik-Utensilien.

Ill. Kataloge gratis u. franko.

Nicolaus Beck

Dampfsägewerk u. Zigarrenkistenfabrik

Burg bei Bremen.

Lieferung von Zigarrenkistenbrettern aus Eichen- und Erlenhölz und Anfertigung fertig ausgestattet. Zigarrenkisten. Auf Wunsch sende ich sofort Muster von Zigarrenkisten-Ausstattungen mit Angabe der Preise für fertige Kisten.

Noch nie

sind in gleichervorrag. Qualität

Rippen-Tabake

zu Zigarren-Einlagen, wie zu Rauchtobaken, so unglaublich billig lohnweise bearbeitet, wie auch unter sehr kulanten Bedingungen, in Umtausch angenommen, und billig abgegeben worden. Kaufen Sie nicht, oder vergeben Sie nicht früher zur lohnweisen Bearbeitung Ihre Tabake, bevor Sie unsere Offerten und Muster in Händen haben.

Lohn-Tabak-Schneiderei
Tabakfabriken
Gebr. Weckmann
Eggerslebe, F. (Bez. Magdebg.).

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke 135, 150, 160, 200, 210, 225, 250, 275, 300, 350, 375, 500, 550 Pfg.
Sumatra-Umblatt 115, 125, 130, 150 Pfg.
Vorstenland-Decke 125, 150, 175, 225 Pfg.
Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 Pfg.
Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 Pfg.
Carmen, Domingo 85, 95, 110 Pfg.
Cuba 100, 300. — Havanna 110, 125, 200, 300
Mexiko-Decke (San Andres) 150, 400 Pfg.
Pa. Losgut 80 Pfg., Paraguay 85, 150 Pfg.
Inländische Tabake 70, 75, 80 Pfg.
Preise ausgenommen m. 8% Cassa-Sconto.
Kredit nach Uebereinkunft.

Wickelformen, neu, ihr. Fassons, nur 160 Pfg.
Utensilien, Rollbretter, Messer, Lack Tragant, Band, Etiketten, Papier, Pressen, Preßkasten, Bündelböden bill.
S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Roh-Tabak

en gros — en détail

Schütze & Kühne

Leipzig

Nürnberg Strasse 22.

Das den Paul Kiehrschen Erben gehörige

Zigarren-

Fabrikationsgeschäft

mit guter, alter Kundenschaft, soll mit allen Vorräten usw.

bald verkauft werden.

Selbstkäufer belieben sich an den Vormund Kaufmann Rud. Süßmann in Gannau in Schlesien zu wenden.

Sumatra

hell, tabelloser Brand, größte Deckkraft, per Pfd. nur 3 Mk.; prima Losblatt per Pfd. 85 Pfg.; hochfeinen St. Felix-Brasil nur 95 Pfg. per Pfd. empfiehlt

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbuser Strasse 3a.

Franz Metzler, Bremen

Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.

Sämtliche Tabake haben unter Garantie tabellosten Brand und gute Qualität.

Losgut (Prima-Sortierung) von 75 Pfg. an

Sumatra-Decker, helle Farbe, tabell. Brand, gr. Deckkraft " 160 " "

Sumatra-Umblatt " 100 " "

Vorstenlanden-Decker, hellbraun, Deckkraft 2 Pfd. " 170 " "

Java-Bezoeki, fein in Brand und Qualität " 85 " "

Brasil, Felix von 85, 95 und 105

Carmen, Seedleaf, Domingo, Umblatt und Einlage 85, 95 und 100 Pfg.

Cuba 130 Pfg., **Brasil**, Decker 150 Pfg., **Havanna**, Decker 250 Pfg.

Preise per Pfund verzollt, nur unter Nachnahme.

! Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Preisliste 22 mit ca. 1000 Abbildungen kostenlos sofort!

Leon Weil, Speyer a. Rh.

altbewährte reelle Bezugsquelle für

Rohtabake zur Zigarrenfabrikation

offert unter Garantie für gute Qualität und guten Brand:

Sumatra-Decke von Mk. 1.50 an, **Vorstenlanden-Umblatt**

und **Decke** von Mk. 1.20 an, **Domingo** und **Carmen**

von 90—120 Pfg., **Brasil-St.-Felix** von 85—140 Pfg.,

Pfälzer und **Bühlerthaler** von 65—80 Pfg.

Preise verzollt. Postkonti unter Nachnahme.

Roh-Tabak

zur Zigarrenfabrikation offeriert zu billigsten Preisen

Hans Wittig, Bremen.

Verband unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

P. Andlauer

Schlettstadt, Elsass.

Aus u. inländische Zigarrentabake aller Art

Spezialität: Elsässer.

Kaufmann & Co.

Rohtabakhandlung

Bremen.

Hienfong Essenz

extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Duzend Mk. 2.50 (30 Flaichen Mk. 7.—, kostenfrei überallhin). Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).

la. Grus a 25, 50, 75, 80, stets a. Lager.

Bälz. Pfälz. 70. Braj.-Losgut 1.83. ff. Delb. Gelacht, Sum. I. statt 3/4, f. 2.40 off. Kemmler Nfg., Breslau 6.

Roh-Tabak

Sumatra-Decken-Abfall

à Pfd. Mk. 1.00

außergewöhnlich billig.

Kredit nach Uebereinkunft.

Größtes Lager in Wickelformen.

W. Hermann Müller

Berlin O., Magazinstr. 14.

Ein vollständig eingerichtetes

Zigarren-Geschäft

in bester Lage in der Lausitz, ist sofort zu verkaufen wegen Uebernahme einer Restauration. Eriorderlich 600 Mk. Nur für Fachmann passend. Offerten unter N. 000 an die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19 21 erbeten.

Kaufe jeden Posten Schnitts- und überseeischen Tabak gegen Rasse.

Offerten unter X. Y. Z. 29, postlagernd Königsberg i. d. Neumark.

Die Bevollmächtigten in deren Bereich sich Heinrich Schild aus Oberbigweiler (Kreis St. Wendel) befindet, werden gebeten, wegen Familienangelegenheiten mit dessen Adresse aufkommen zu lassen. Porto wird vergütet.
Christ. Schild, Brauereimacher
Kaiserslautern.

Um die Adresse des Zigarrensortierers Paul Krätzschar aus Leipzig bittet seine Tante Frau Clara Schreiber, Bonitzsch bei Weigen, Radeburger Str. 1.

Otto Flott

um Deine Adresse bittet Deine Mutter in Wausen.

Codes-Anzeigen.

Am 28. Januar verstarb nach kurzem Leiden unsere Kollegin Fanny Weise aus Bannemitz im Alter von 20 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstelle Gänichen.

Am 29. Januar starb plötzlich unser altes, bewährtes Mitglied Wilhelm Fiegas, im 35. Lebensjahre stehend, an einem Herzschlage.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Neumarkt.

Am Freitag, den 2. Februar, starb nach langem, aber schwerem Leiden unser Kollege Gerhard Reier aus Orsoy am Rhein im blühenden Alter von 20 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Orsoy am Rhein.

Billige böhmische Bettfedern!
10 Pfd.: neue geschlossene Mk. 8.—, bessere Mk. 10.—, weisse dauneweiche geschliss. Mk. 15.—, Mk. 20.—, schneeweisse dauneweiche geschlossene Mk. 25.—, Mk. 30.—. Versand franko, zollfrei, per Nachnahme. Umtausch u. Rücknahme geg. Portovergütung gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes 965
Post Pilsen, Böhmen.

Briefkasten.
Verrent-Anserate müssen getrennt sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einfindung der Beträge ist die Nummer des Blattes mitzugeben.
Ch. Sch., Kaiserslautern 80 Pfg. — A. Sch., Bonitzsch 50 Pfg. — R. G., Wausen 30 Pfg.

Kongress der deutschen Tabakarbeiter zu Berlin

einberufen zur Bekämpfung der Tabaksteuervorlage.

Fortsetzung der Nachmittagsitzung vom 29. Januar.

Deichmann-Bremen (Verbandsvorsitzender): Noch zu allen Zeiten verstand es die besitzende Klasse, ihre wirtschaftliche und politische Macht dahin auszunutzen, die Arbeitskraft des Volkes nach Möglichkeit auszubeuten, ebenso den größten Teil der Staatslasten auf die ärmere Bevölkerung abzuwälzen. Davon legt auch wieder die Tabaksteuervorlage bezeugendes Zeugnis ab. Die Lieblingskinder, Militär und Flotte, sollen von der deutschen Tabakindustrie unterhalten werden. Der Frhr. v. Stengel will uns etwas anderes glauben machen. Er führte im Reichstage aus, daß der Widerstand gegen die Vorlage weniger von den Konsumenten ausgeht, die doch die eigentlichen Steuerträger seien, während doch die in der Industrie Beschäftigten nur indirekt beteiligt wären. Man weiß nicht, ob man sich über Kühnheit oder Unerfahrenheit des Staatssekretärs wundern soll. Er sollte doch eigentlich wissen, wie die Steuer- und Zollerhöhung von 1879 auf die Industrie gewirkt hat. Hauptächlich haben die Arbeiter gelitten. Nach der Statistik der Berufsgenossenschaften bleibt der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter um etwa 300 Mk. im Jahre hinter dem Einkommen der übrigen Arbeiter zurück. Wenn bisher aus dem Tabak jährlich 70 Millionen herausgeschlagen wurden, so zeigt es, daß die Tabakarbeiter diesen Minderdienst von 300 Mk. etwa für den Staat und seine Militär- und Flottenzwecke hergeben müssen. Aber ein Teil Lasten wird allerdings von den Unternehmern getragen, aber man sieht auch daran, wie es mit dem Schutz des Mittelstandes bestellt ist, denn die meisten Unternehmer sind kleine Fabrikanten. Eine Statistik von 1895 zeigte uns, daß von 19 357 Betrieben 11 244 ohne Arbeiter bestanden. Redner gibt ein Beispiel, wie ein Bremer Kleinfabrikant, der nur mit seiner Familie produziere, nach Annahme der Vorlage an Zoll jährlich 240 Mk. mehr zahlen müsse. Diese Kleinfabrikanten können die neuen Lasten nicht auf die Arbeiter abwälzen, aber seiner wirtschaftlichen Schwäche wegen würde er die Steuer auch nicht auf seine Kunden legen können. Ein weiteres Beispiel des Redners zeigt, daß ein Betrieb mit 10 Arbeitern eine Mehrbelastung von 2325 Mk. zu tragen habe. Hier lasse sich freilich ein Teil auf die Arbeiter abwälzen, aber die Tabakarbeiter haben noch nicht begriffen, daß sie vermöge einer kräftigen Organisation dem entgegenwirken können. Bei der Zollerhöhung von 1879 ist der Konsum um 25 Prozent zurückgegangen, wenn dieses in bezug auf die Arbeitslosigkeit auch nicht ganz zum Ausdruck gekommen ist, so hat es seinen Grund darin, daß vielfach mit verkürzter Arbeitszeit produziert wurde. Trotzdem bewirkte die Arbeitslosigkeit, daß die ausgemergelten Tabakarbeiter die Lohnbrüder ihrer eigenen Kollegen wurden. Und nun erst die Verlegung der Fabriken nach dem Lande. Wenn die Löhne in unserm Verufe sich gebessert haben sollten, dann muß es früher sehr traurig ausgesehen haben. Redner zeigt an einer in Bremen vorgenommenen Enquete, wie es mit den Lohnverhältnissen steht. Sei es deshalb zu verwundern, wenn die Prostitution und die Tuberkulose sich verbreiten. Ja, wenn diese Löhne noch von den Arbeitern allein verdient würden, aber da hilft die ganze Familie noch daran. Wir konnten noch nicht einmal die Zahl der beschäftigten Kinder feststellen. Hier könnten die Behörden bei einigem Ernst erschreckende Zahlen feststellen. Wir haben festgestellt, daß 195 eigene und 62 fremde Kinder beschäftigt wurden im Alter bis zu 8 Jahren hinab. Trotzdem magt es die Regierung, weitere 40 bis 43 Millionen aus den Tabakarbeitern herauszuschlagen. Fort mit einer solchen Regierung. Man könnte ja einwenden, die geschädigten Verhältnisse seien nicht in ganz Deutschland so traurig. Eine Statistik vom Jahre 1900, an welcher sich 35 908 Arbeiter beteiligten, habe gezeigt, daß folgende Stundenlöhne verdient werden:

572 Personen	bis zu 6 Pfg.
4192	von 6-10
6032	10-13
5360	13-16
5432	16-20
4620	20-23
4185	23-26
1915	26-30

und darüber. Schämt sich die Regierung angesichts solcher Tatsachen? Durch die Erhöhung der Inlandsteuer würde sich die Differenz dieser gegen den Zoll von 40 Mk. auf 62 Mk. vergrößern. Sollte dies ein wirksamer Schutz für die Inlandproduktion sein, so müßte sich aber doch die Anbaufläche erhalten haben, aber sie ist von 24 259 Hektar im Jahre 1880/81 auf 15 906 Hektar im Jahre 1904/05 zurückgegangen. Von den 106 703 Pflanzern bebauten bis zu 1 Ar 39 688 und nur 1584 bebauten eine Fläche von 1 Hektar und darüber. 39 688 haben also einen Vorteil von ganzen 7 Mk. jährlich. Für diese hat der Zollschutz also kaum Zweck. Auch für diejenigen, welche über 1 Ar bebauen, hat die Zollerhöhung wenig Zweck, weil der deutsche Tabak wenig zur Zigarettenfabrikation geeignet ist im Gegensatz zum ausländischen. Es muß also in jeder Hinsicht alles aufgegeben werden, um eine höhere Belastung der Industrie abzuwehren. Seien wir auf dem Posten, denn wenn auch diese Vorlage abgeschlagen wird, so wird die Regierung wiederkommen. Dieser Kampf liefert uns gutes Material zur Agitation, wenden wir es an, nutzen wir es aus zur Aufklärung. Schon jetzt klagen die Fabrikanten, daß sie durch die Schuld der Regierung, durch ihre Steuervorlage, die aufgedeckten Tabakarbeiter mit ihren Ansprüchen zurückhalten. Sorgen wir dafür, daß jeder einzelne seine Schuldigkeit tut, dann müssen auch die Tabakarbeiter gewinnen. (Großer Beifall.)

Bruggert-Vahr schildert die Verhältnisse der Tabakarbeiter in Baden und erklärt, daß auch die geringste Steuererhöhung von ihnen nicht mehr getragen werden kann.

Hermann-Wiesbaden (Zigarrenarbeiter): Wir Tabakarbeiter sollten ebenso laut schreien wie die Junker, damit sie von den höchsten Spitzen der Gesellschaft gehört werden. Jetzt seien die Unternehmer mit uns, aber nach Annahme der Vorlage würden sie aber gezwungen sein, energischer den Lohndruck zu betreiben, wie bisher. Bismarck sagte, der Tabak muß bluten, aber es muß heißen: der Tabakarbeiter muß bluten. Ein Massenruf: „Bis hierher und nicht weiter“ muß dagegen erschallen. Wenn Behtausende auf die Landstraße geworfen werden sollen, so kann man nur gleichzeitig neue Gefängnisse bauen. Gegen diejenigen Reichstagsabgeordneten, welche für die Steuer sind oder sich um eine Stellungnahme herumdrücken, muß die Parole lauten: „Fort mit ihnen.“ Auch die Zigarettenarbeiter haben die Pflicht, sich zum Kampf mittels der Organisation zu rüsten. Die Tabakarbeiter, wie das ganze Proletariat, müssen sich selbst helfen, denn an der Vorlage sehen wir, was man mit uns vor hat. Redner gibt dann einen Beweis, wie die Tabakarbeiter seines Bezirks leben. So beträgt der Durchschnittslohn in Viebrich für Zigarrenarbeiter 14,95 Mk., für andre Kategorien der Branche fünf bis auf 7 Mk. wöchentlich herab, dagegen sind die Wohnungs- und Nahrungsmittelpreise sehr teuer. In Mainz stellen sich die Ver-

hältnisse ein wenig günstiger. In Frankfurt a. M. ist in der Zigarettenindustrie meistens Heimarbeit, doch werden dann noch geringere Löhne gezahlt wie in der Fabrik, so daß diese Arbeiter bis spät in die Nacht tätig sein müssen. Hier sind die Wohnungsverhältnisse und die Preise für alle Bedürfnisse sehr teuer.

Reichstagsabgeordneter Geher: Es dürfte bekannt sein, daß sich die einzelnen Parteien des Reichstages bezüglich der Steuer festgelegt haben, jedoch sind Bestrebungen im Gange, die die Sähe der Vorlage ändern und einen andern Ertrag herausbringen wollen. Konserbative beabsichtigen eine Erhöhung des Zolles auf 100 Mk. Allerdings liegt ein definitiver Antrag dieser Art noch nicht vor. Die Sozialdemokraten werden aber alles daransetzen, um diese Arbeit hinter den Kulissen und die eventuelle neue Vorlage zu durchkreuzen. Die Regierung war auch keineswegs in der Lage, die Vorlage sachmännisch zu begründen. Ihr A und O ist: Wir brauchen Geld und der Reichstag muß es uns geben. (Pfiui.) Das ist eine Art der Begründung, welche nur diese Regierung zu geben vermag. Fällt aber die Vorlage, so ist es der Agitation der Tabakarbeiter zu danken und hauptsächlich deshalb, weil sie an die Abgeordneten der einzelnen Kreise, wo Tabakindustrie vorhanden ist, herangetreten sind, ihre Verhältnisse geschildert haben und sie auf diese Weise zur Stellungnahme im oppositionellen Sinne zwangen. Es muß auch konstatiert werden, daß der Deutsche Tabakarbeiterverband die Führung der Protestbewegung hat. Vor allem aber ist es gerade jetzt notwendig, an die Kollegen allerorts die dringende Mahnung zu richten, jetzt und nie die Hände in den Schoß zu legen, sondern ihre Pflicht zu tun, auch wenn die Vorlage fällt, das wird uns nur vorwärts bringen, denn je stärker unsere Organisation, desto schwieriger werden dem Fiskus Angriffe auf unsre Industrie.

Kottler-Obermeier (Zigarrenarbeiter): Ich verstehe nicht in schönen Worten zu reden und will in einfacher Weise die Verhältnisse aus dem Schwarzwaldbildern. Meine Wähler sind alles Zentrumslente. Der Lohn bei uns ist pro Tausend 4 bis höchstens 5,20 Mk. mit Widel. Um unsre Lage zu zeigen, brauche ich Ihnen nur meine Verhältnisse zu offenbaren. Ich habe im verflohenen Jahre 520 Mk. verdient. Meine Frau verdient als Näherin 80 Pfg. pro Tag, so daß unser Jahreseinkommen 640 Mk. betrug. Dabei habe ich sechs Kinder zu ernähren. Der hohen Lebensmittelpreise wegen bebauen wir noch ein Stückchen Ackerland, aber für den notwendigen Dinger müssen wir dann für die Bauern mähen usw. So geht es im Sommer um 2 Uhr aufs Feld und um 6 Uhr in die Fabrik und nach Feierabend wieder aufs Feld. Wenn der Schatzsekretär sich ein Bild von der Lage der Tabakarbeiter machen wollte, so will ich ihn 14 Tage zu mir nehmen, dann, glaube ich, wird er seine Ansicht ändern.

Kiesel-Berlin erstattet nun Bericht von der Mandatsprüfungskommission. Es sind 191 Delegierte anwesend, welche 246 Orte vertreten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat drei Mitglieder entsandt. Der Deutsche Senefelderbund, Verband der Lithographen und Steindrucker, welcher 15 500 Mitglieder umfaßt, ist durch Sillier und Lange vertreten. Drei Kollegen, welche sich angemeldet hatten, sind nicht erschienen.

Auf Antrag **Wiesen-Erfurt** soll noch eine genauere Feststellung der vertretenen Orte stattfinden.

Clement-Breslau: Wenn Herr v. Stengel meint, die Löhne der Tabakarbeiter seien gestiegen, so sollte er mal nach Schlesien und Posen gehen, er würde sein blaues Wunder erleben. Wird doch selbst in Breslau in der Heimarbeit für 3,50 Mk. pro Tausend gearbeitet. In Graudenz gibt es bei einer Firma nur Mädchen, von welchen ein großer Teil nur 4 bis 5 Mk. pro Woche verdient. Hier gibt es in der Fabrik eine Anzahl Mädchen, welche unter Sittenkontrolle stehen. Hat der Tuberkulosekongress gegen die Schwindtsucht die größte Reinlichkeit empfohlen, so sollte man sich einmal die Wohnungsverhältnisse der schlesischen und posenschen Tabakarbeiter betrachten.

Beusch-Striegau befragt die Ausführungen des Vorredners und meint, daß die Tabakarbeiter ja gerne höhere Steuern zahlen würden, wenn sie Ministergehälter bekämen. Würden die Minister mit Tabakarbeiterlöhnen leben sollen, so dürften sie nicht nur Sozialdemokraten, sondern Anarchisten werden.

Schluß der ersten Sitzung.

Zweite Sitzung, Dienstag, 30. Januar. Vormittags.

Das Wort erhält zuerst **Gerlach-Achim**: Es gibt in unserm Orte 358 Tabakarbeiter, hierzu haben wir allerdings auch die Kleinfabrikanten gerechnet, welche erst durch volle Ausnutzung ihrer Arbeitskraft erpitzensfähig sind. Ich will betonen, daß diese Kleinfabrikanten meistens aus bitterer Not selbstständig arbeiten. Redner schildert dann ausführlich die Achimer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Namentlich die Heimarbeiter können sich bei uns nicht anders über Wasser halten, als wenn sie den Sonntag mit zum Arbeitsstag machen. In den Fabriken finden wir, daß häufig die bundesrätlichen Bestimmungen nicht oder nur ungenügend ausgeführt werden. Auch ist Gefängnisarbeit vorhanden und laufen sich die Beamten in Bremen Tabak und lassen sich von den Gefänglingen Zigarren anfertigen.

Blome-Bremen: Es ist schon eigentlich zur Genüge geschildert, daß Hamburg und Bremen durchaus kein Dorado für die Tabakarbeiter ist. Auch hier läßt sich nur unter Anspannung aller Kräfte des Tabakarbeiters, wie auch der Familienangehörigen, eben der Hals offen halten. Aber wenn der Tabakarbeiter auf diese Weise seinen Unterhalt erwerben muß, so leidet er nicht nur als Tabakarbeiter, sondern auch als Mensch überhaupt; denn unter solchen Umständen kann von einem ordentlichen Haushalt nicht die Rede sein. Trotzdem verlegen die Bremer Fabrikanten ihre Fabriken nach dem Lande, allerdings nicht, um Menschen glücklich zu machen, sondern im Interesse des Profits. Es werden im Bezirke Verdienste bis zu 6 Pfg. pro Stunde herab erzielt. Müssen die Tabakarbeiter unter solchen Voraussetzungen nicht der Tuberkulose verfallen? Auch auf die Heimarbeit müßten mindestens die bundesrätlichen Bestimmungen erweitert werden. Und angesichts allen Elends wagt es die Regierung noch, mit einer solchen Tabaksteuervorlage zu kommen. Bei jeder Gelegenheit wird behördlicherseits der Industrie Blüten und Gedeihen gewünscht und besprochen, auf der andern Seite geniert man sich nicht, eine ganze Industrie zugrunde zu richten. Die gleichzeitig eingebrachte Erbschaftsteuervorlage habe ja weiter keinen Zweck, um als Deckmantel für die Tabak- und Zigarettensteuer zu dienen. Mögen doch die Militär- und Flottenschwärmer ihren Klümm durch die Erbschaftsteuer deden, aus der in Preußen jetzt nur 11 Millionen jährlich herausgeholt werden; aber sie kann etwas einbringen, das beweist uns Frankreich und England; bei ersterem ist der Ertrag im letzten Jahre 264, bei letzterem 360 Millionen gewesen.

Schüler-Bremen (Sortierer): Seit dem Inkrafttreten des jetzigen Steuergesetzes ist auch die Lage der Bremer Sortierer immer mehr heruntergedrückt worden. Vorher konnte die Frau ihr Hauswesen besorgen, jetzt muß sie mitarbeiten als Bekleberin usw. Der Lohn der Sortierer ist etwa 18 bis 24 Mk. wöchentlich. Während die Lehrzeit auf drei Jahre festgesetzt wird, lernt jedoch der Lehrling als Sortierer eigentlich nur ein halbes Jahr, die übrige Zeit wird er mit Nebenarbeiten hingehalten. Als Bekleber arbeiten nur weibliche Personen, deren Verdienst 10 bis 15 Mk.

pro Woche ist. Auch die Pader befinden sich mit einem Wochenlohn von 15 bis 22 Mk. in keiner beneidenswerten Lage.

Gaberland-Deuben schildert die schlechten Verhältnisse der Tabakarbeiter des Blauenischen Grundes; Löhne habe man bis zu 4,50 pro Wille herab und dabei teure Lebensmittel und Mieten.

Wolf-Verden gibt eine Uebersicht über die Lage der Tabakarbeiter seines Ortes. Trozkem von den 535 dort Beschäftigten 534 organisiert sind, seien die Löhne gering und durchschnittlich für männliche etwa 16 Mk., für weibliche 8 Mk. wöchentlich. Sonderbarerweise habe bei ihnen die Protestbewegung Schmierigkeiten gemacht, weil ihnen die Lokale abgetrieben worden seien.

Radner-Zehdenitz: Wenn ich an die Lage der Tabakarbeiter in meinem Bezirk denke, dann muß ich die Vorlage einfach für schamlos erklären. Redner verbreitet sich dann über die Lage der Tabakarbeiter seines Bezirks.

Sommer-Goldberg (nachdem er die Verhältnisse seines Bezirks über Lohn usw. besprochen): Bei uns können sich die Tabakarbeiter höchstens noch Pferdefleisch ab und zu erlauben, häufiger leistet man sich allerdings einen Dachhahn, über deren Verschwinden denn auch in der Gegend geklagt wird. Sollte die Vorlage Gesetz werden, so mache ich den Vorschlag, die Zahl der brotlos gewordenen Krüppel festzusetzen und dann die Regierung zu ersuchen, einige Millionen für Eierkästen bereit zu stellen, denn mit Eintritt in andre Berufe ist es ja doch Unsinn.

Müller-Berlin (Zigarettenarbeiter): Anscheinend steht es mit der Tabaksteuervorlage im Reichstage für uns günstig, leider nicht mit der Zigarettensteuer, aber dieses haben zum guten Teil die Zigarettenfabrikanten verschuldet, die erklärt haben, für eine Steuer wohl zu haben zu sein. Als jedoch die Arbeiter an die Zigarettenfabrikanten um eine geringe Lohnzulage herantraten, da suchten sie zu beweisen, daß sie unter keinen Umständen bewilligen konnten. Die Löhne in der Zigarettenfabrikation in Berlin sind traurig; so ist der Durchschnittsverdienst bei einer täglichen Arbeitszeit von 18-20 Stunden 18,40 Mk. wöchentlich. Und dann befinde man die Teuerung in Berlin. Unter solchen Umständen ist es ein schreiendes Unrecht, die Vorlage überhaupt einzubringen.

Buhl-Berlin: Während sich in Rußland unter dem Druck des Volkes die Existenzbedingungen der Arbeiter zu bessern beginnen, sehen wir in Deutschland eine Gesetzesvorlage nach der andern, welche die Interessen des Volkes schwer schädigt. Die Militärschwärmer können nicht anders als die Mittel für ihre Lieblingspläne durch indirekte Steuern aufzubringen. Es ist Unsinn, wenn die Regierung schreibt, daß von einer erhöhten Tabaksteuer nur die Konsumenten getroffen werden; wir haben gesehen, wie 1879 Tausende von Tabakarbeitern den deutschen Staub von den Pantoffeln schütteln mußten. Nach Berichten der Süddeutschen Tabakzeitung würden diesmal etwa 70 000 bis 80 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Entspreche das verursachte Elend einem Kulturstaat? Die Löhne der Tabakarbeiter sind an sich nicht gestiegen, aber selbst wenn dieses der Fall, sind die Lebensmittelpreise und Mieten und die Preise für alle Bedarfsartikel noch viel mehr gestiegen. Eine Teuerungszulage wäre notwendig für die Tabakarbeiter, statt dessen erhalten die Minister solche. Ich warne die Kollegen, die Tabaksteuer als erledigt zu betrachten. Und selbst wenn sie diesmal abgelehnt werden sollte, so dürfen wir nicht erlahmen; einmal muß die Regierung einen solchen Rippenstoß vom Volke erhalten, daß ihr die Lust zu neuen Tabaksteuervorlagen vergeht. Redner macht dann noch längere Angaben über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Tabakarbeiter.

Schlüter-Minden: Besseren mit seiner allerdings recht umfangreichen Tabakindustrie bietet uns eine Summe von Jammer bei den Tabakarbeitern. Seit dem Erlaß der bundesrätlichen Bestimmungen hat sich immer mehr Heimarbeit entwickelt. In der Hausindustrie werden über 7000 Schulkinder beschäftigt. Häufig wird in einem Raum geflocht, gearbeitet und geschlafen. Der Verdienst ist so gering, daß viele noch Landwirtschaft nebenbei betreiben. Natürlich durch diese Ueberarbeit und Unterernährung veranlaßt, ist die Krankheitsziffer unter den Tabakarbeitern dort eine sehr hohe. Man rede soviel von dem eignen Häuschen der westfälischen Tabakarbeiter, doch das hat seinen Haken. So hat allein die Herforder Sparkasse an Tabakarbeiter auf Hypotheken 2 1/2 Millionen Mark geliehen. So geht es bei allen in Betracht kommenden Sparkassen, und natürlich kommen noch Unsummen von Privatleuten hinzu; infolgedessen hat sich bei der ganzen Bevölkerung der dortigen Gegend durch die Tabaksteuervorlage eine große Aufregung bemerkbar gemacht, weil viele durch die Vernichtung der Erpitz der Tabakarbeiter ihr Geld zu verlieren glauben. Um ein Bild von dem Verdienste zu geben, folgendes Beispiel: Ein Kollege verdient bei einer Arbeit zu 12 Mark bei 84 Stunden Arbeitszeit bare 16,50 Mark, dafür mußten die übrigen Familienglieder noch die Zurechtung besorgen. Wenn die Tabakarbeitergenossenschaft den Durchschnittslohn eines Tabakarbeiters auf 519 Mark jährlich angebe, so stimmt es nicht, denn meistens müssen ein oder mehrere Familienglieder den Lohn des Mannes mit verdienen helfen. Oberflächlich werden bei uns die Untersuchungen der Regierung über die Lage der Tabakarbeiter geführt, denn an die Arbeiter hat man sich nicht gewandt. So wird Material über die Lage der Tabakarbeiter zusammengetragen und nachher Gesetzesvorlagen damit begründet. Mit der jetzigen Vorlage steht aber fällt die Tabakindustrie Westfalens. 1893 gingen unsre Fabrikanten mit uns bei der Protestbewegung zusammen, aber diesmal ist es schon anders gewesen, indem uns die Lokale abgetrieben, ja sogar Versammlungen verboten wurden. Aber die Agitation wird fortgesetzt werden, solange wir noch ein bißchen Kraft besitzen.

Gräbener-Ganau: Wenn auch die Untersuchungen der Regierung über die Lage der Tabakarbeiter sehr mangelhaft waren, so weiß sie dennoch, daß sie eine miserable ist. Als ich damals bei der Regierung zur Auskunft war, da hat ein Kollege, der sich vorher Instruktion bei seinen Fabrikanten holte, mit der Hand an der Hofenat erklärt, die Heimarbeit sei nicht schädlich. Das Vorgehen der Regierung sei der Ruin der gesamten Tabakindustrie. Auch meine Gegend wird schwer getroffen. Redner erklärt dann ausführlich die Lage der Tabakarbeiter seiner Gegend.

Kaundorf-Frankenber: Von 1900 Tabakarbeitern in Frankenberg sind 1500 weiblich. Natürlich ist der Lohn gering. Durchschnittsverdienst pro Woche ist etwa 12 Mark, mit Ausnahme der Genossenschaftsarbeiter, diese haben im vorigen Jahre einen Wochenlohn von 18,06 Mark (Zigarrenarbeiter) und 13,04 Mark (Widelmacher) verdient; außerdem erhalten diese noch einen Lohnzuschlag von 4 Prozent und werden Kranken- und Invalidenbeiträge von der Genossenschaft bezahlt.

Raube-Finstertal: Bei uns sind die Verhältnisse der Tabakarbeiter schlechter wie in Süddeutschland. Redner stellt die Löhne für die verschiedenen Zweige des Berufs, wie die Lebensmittelpreise und Wohnungspreise der Gegend fest und bestreitet, daß der Lohn der Tabakarbeiter auch nur um ein Geringes gestiegen sei.

Nachmittagsitzung.

Der Vorsitzende **Börner** teilt auf Grund eines dem Bureau zugegangenen Briefes mit, daß in Stuttgart in einer Fabrik ein Streik der Kollegen ausgebrochen ist. Nähere An-

gaben fehlen. Deichmann erklärt, daß ihm noch nichts von der Sache bekannt sei, wahrscheinlich aber sei dem Bureau in Bremen ein Bericht zugegangen. Er empfiehlt zunächst moralische und finanzielle Unterstützung.

Antrag Thiem-Hamburg, es mögen von jetzt an nur noch die Gauleiter des Verbandes für ihre Gebiete die Berichte erstatten, damit auch die andern noch vertretenen Korporationen zum Wort kommen und daß dann der Bericht über die Beratung der Reichstagskommission entgegengenommen wird, da der Kongreß nicht allzu lange tagen dürfe, weil es mit den Mitteln der Delegierten meistens schlecht bestellt sei, wird, nach dem Kiesel-Berlin dagegen gesprochen, abgelehnt.

Die Tagesordnung wird fortgesetzt. v. I. M. berichtet, daß in der soeben beendeten Sitzung die Tabaksteuervorlage einstimmig abgelehnt worden sei. (Lautes Bravo.) Wir dürfen uns trotzdem noch nicht der Hoffnung hingeben, daß nun schon das Schicksal der Vorlage endgültig besiegelt ist. Die Konservativen haben die Absicht, bei der zweiten Lesung einen Kompromißantrag einzubringen, nach welchem der Zoll auf 100 Mark pro Doppelzentner festgelegt werden soll. Meine Ansicht ist allerdings, daß auch dieser Antrag fallen wird. Die Kommission beschloß allerdings, den Zoll für geschlittenen Tabak auf 320 Mark zu erhöhen. Ein erhöhter Zoll auf Importen, d. h. auf vom Auslande eingeführte Zigarren, wurde ebenfalls abgelehnt. Wie man hört, beabsichtigt das Zentrum, zu beantragen, den Zoll für ausländische Zigarren auf 300 Mark festzusetzen, und außerdem noch eine Wertsteuer von 20 Prozent aufzuschlagen. Sie glauben dadurch die Interessen der Tabakarbeiter zu wahren, indem sie die ausländische Konkurrenz zurückhalten wollen. Das dürfte kaum eintreffen, denn vermutlich würde dann die Konkurrenz von Holland, wo zum Teil sehr billig produziert wurde, einsteigen. Außerdem würden die kubanischen Fabrikanten wahrscheinlich dasselbe Mittel wie in Amerika anwenden, indem sie auch in Deutschland Fabriken mit kubanischen Arbeitern einrichten; dadurch hätte der deutsche Tabakarbeiter nicht nur keinen Vorteil, sondern die Konkurrenz würde nur noch schärfer. Aber sogar einige Ermäßigungen hat die Kommission beschlossen. Die sogenannten Gruppen sollen um 5 Mark geringer wie jetzt versteuert werden und für Rippen, Abfälle usw. soll, wenn sie unter behördlicher Aufsicht bernichtet werden, überhaupt keine Steuer bezahlt werden. Die Regierungsvertreter rechnen dadurch eine Mindereinnahme von 1 1/2-2 Millionen heraus. Man hätte nur einmal die Gesichter der Regierungsvertreter in der Kommission sehen sollen; sie weinten förmlich, daß ihr schönes Projekt so zu Wasser wurde, und versicherten, daß es durchaus nicht in der Vorlage liege, daß eine Verschlechterung der Tabakarbeiter durch deren Annahme möglich sei. Einer der bedeutendsten Kenner der Industrie habe versichert, daß die Vorlage die Industrie gar nicht belaste. Auf die Aufforderung unsererseits, doch einmal diesen Kenner zu nennen, schwiegen die Herren. Seiner Meinung nach könne nur die Firma Engelhardt u. Viermann in Betracht kommen. Diese scheint als Großunternehmer wohl die Absicht zu haben, durch größeren Raubbau an den Arbeitskräften den Schaden weit zu machen. Morgen kommt die Zigarettensteuer vorlage zur Beratung. Hier sei die Sache schon schwieriger; doch wollen wir alles tun, um die Kommissionsmitglieder auch von deren Schädlichkeit zu überzeugen. Es wird unsre Aufgabe im Reichstage sein, die Tabak- und Zigarettensteuer im Reichstage so abzuschlagen, daß die Industrie endlich einmal Ruhe habe. Die Tabakarbeiter aber fordere ich auf, nicht in der Agitation zu erlahmen. Denken wir alle daran, daß, wenn die Zigarettensteuer, welche als Fabriksteuer geplant ist, eingeführt wird, es nur eine Frage der Zeit sein würde, wo wir in der ganzen Industrie mit der Fabriksteuer bedacht werden. Denkt auch daran, Kollegen, daß zum Kaufhandel hinter den Kulissen noch sehr viel Zeit ist, und wir kennen doch unsre Pappentruer. Sorgen wir dafür, daß die zweifelhaften Volksvertreter nicht bis zur endgültigen Entscheidung noch umfallen. (Lebhafter Beifall.)

Sillier-Berlin (Lithograph): Wenn die Regierung die Wahrheit über die Wirkung ihrer Vorlage hören wollte, so hätte sie nur heute zu diesem Kongreß kommen brauchen; denn heute ist mit so reichem Material und so lebhaften Schilderungen ausgestattet worden, daß auf Grund dessen die Vorlage unbedingt fallen müsse. Auch mein Beruf würde erheblich zu leiden haben, wenn die Vorlagen Gesetz würden, aber Arbeiter und Fabrikanten haben einmütig sich zur Protestbewegung aufgefunden, und unsere Unternehmer sind auch im Gegensatz zu den Zigarettenfabrikanten gegen jede Belastung des Tabaks. Etwa 2500-3000 Lithographen und Steindruckere (mit Hilfsarbeitern 12-15 000 Personen) werden für die Tabakindustrie beschäftigt, doch bei uns kann man die Steuer nicht auf die Arbeiter abwälzen, weil wir gut organisiert sind, aber es werden dann an der Tabakindustrie bedeutend weniger Lithographen beschäftigt werden. Wir sehen denn auch, daß in dem Monopolländern die Ausstattung der Ware fast in Wegfall gekommen ist. Auch in unserem Gewerbe machten die Unternehmer den Versuch, die Betriebe nach dem Lande zu verlegen, aber gerade in solchen Fällen hat die Organisation sofort den Hebel in Bewegung gesetzt und mit Erfolg. Redner fordert auf, die Agitation energisch fortzusetzen. (Beifall.)

Der Vorsitzende Vormann teilt mit, daß Reichstagsabgeordneter Raben und Förster erschienen sind.

Ein Antrag Kaiser-Dahme, die Redezeit auf 15 Minuten zu beschränken, wird angenommen.

Prohd-Speier: Alles was der Kollege Kottler gesagt habe, treffe auch für seinen Bezirk zu. v. Stengel ist den Beweis für seine Behauptung, daß der Lohn gestiegen sei, schuldig geblieben. Allenfalls könnte hier und dort der Stücklohn ein wenig erhöht worden sein, doch siehe dem wieder entgegen die Erschöpfung der Fassons, und es ist sonderbar, daß gerade diejenigen Tabakarbeiter, welche die beste Arbeit haben, den geringsten Verdienst meistens erzielen. Redner geht dann auf den Verdienst und die Löhne der verschiedenen Orte ein und hält es für lächerlich, wenn der Schatzsekretär glaubt, die arbeitslos werdenden Tabakarbeiter könnten in der Landwirtschaft Beschäftigung finden. Bei uns hört nicht einmal ein Gespräch über die zurzeit herrschende Fleischnot, denn Fleisch kennen ja die Tabakarbeiter kaum, ebensowenig Butter und Margarine. Jetzt sei es auch möglich, sich mit den Tabakarbeitern der verschiedenen Orte zu verständigen, eben wegen der Steuerborlage; wird sie abgelehnt, wird allerdings der alte Zustand wenigstens teilweise wieder eintreten.

Certi-Regme behauptet ebenfalls, daß bei der sogenannten guten Arbeit selten etwas verdient wird. Redner legt eine Anzahl Probezigarren, mit dem Arbeitslohn vermerkt, zur Ansicht nieder. Eine Brastarbeit, für welche sonst 10 Mark bezahlt wurde, werde jetzt nur noch mit 7,50 Mk. bezahlt. Bei uns ist die Lage der Tabakarbeiter so schlecht, daß ihnen oftmals der Kredit für einen Hering verweigert wird. Es ist nichts Seltenes, daß die Kinder im Winter kaum die üblichen Holzschuhe haben. Es wird so viel davon geredet, daß in Westfalen die Tabakarbeiter Landwirtschaft betreiben, gewiß, es kommt vor, aber dann haben sie nur die Arbeit davon, die Ertragnisse werden sämtlich verkauft.

Soffmann-Leipzig: Leipzig ist der Sitz der Heimarbeit; bis in die entferntesten Gegenden wird sie von hier aus gegeben. Am Orte selbst sind die Verhältnisse der Tabakarbeiter mindestens so traurig wie in Schlesien. Redner gibt dann ein Bild über die Löhne, Verdienst usw. Das schlimmste ist das System, daß dem Arbeiter wöchentlich noch 50 Pfg. vom Lohn einbehalten werden, um einen Fonds zu bekommen, von welchem ihm die Strafen für Mehrverbrauch von Deckblatt abgezogen werden. Weil die Arbeiter so bereinigt wohnen, können wir sie nicht zu einer Versammlung zusammenkriegen.

Schmidt-Schwedt berichtet dann über die Lohn- und Lebensverhältnisse der Tabakarbeiter von Schwedt und Umgegend.

Dann läßt die Mandatsprüfungskommission durch Kiesel-Berlin berichten, daß 193 Delegierte anwesend sind, welche 576 Orte vertreten, außerdem sei der Lithographenverband durch zwei Vorstandsmitglieder vertreten.

Langner-Spottau entrollt ein trauriges Bild von der Lage der Tabakarbeiter seiner Gegend; Arbeitszeit von morgens früh bis abends spät und dabei ein Hungerlohn. Alles, Frau und Kinder, müssen verdienen helfen. Redner bespricht dann die Lohn- und Lebensverhältnisse aus einer ganzen Reihe Ortschaften seines Bezirks.

Krafftig-Dresden: Man habe sich bis jetzt nur mit der Steuerborlage beschäftigt; er wolle einmal auf die praktische Betätigung der Ärzte usw. hinweisen. Wenn der Tuberkulosekongreß uns auch über Heilung dieser sozialen Krankheit belehrt habe, so nütze das nichts, so lange man noch Verhältnisse in Deutschland habe, wie die der Tabakarbeiter. Deshalb hätten diese Herren wohl eigentlich die Pflicht, mit uns gemeinsam gegen die Vorlage Front zu machen, aber nichts davon. In Dresden hat ebenfalls die Heimarbeit einen erschreckenden Umfang angenommen, doch die Fabrikanten erklären rund heraus, die Schmutzkonkurrenz zwingt sie dazu. Auch dieser Redner gibt nun eine ausführliche Auskunft über die Lohn- und Lebensverhältnisse seines Ortes.

Grabowitz-Breslau: Nicht nur, daß die Tabakarbeiter hungern müssen, nein, die Behandlung in den Fabriken ist oftmals standlos; Ausdrücke wie Laufpack, Lumpensindel usw. sind bei uns gebräuchlich. Aber auch dies liegt an der mangelhaften Organisation. Redner gibt dann für seinen Ort eine Lohnstatistik und bespricht detailliert die Lebensverhältnisse.

Wlodek-Schwerin a. M. berichtet über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seines Ortes und fügt dann hinzu, daß auch in seiner Stadt die Arbeiter noch vor der Arbeitszeit andere Arbeiten verrichten und daß Frauen und Kinder mit helfen müssen, und dabei sei der Lebensunterhalt teuer. Was soll erst werden, wenn die Vorlage Gesetz wird?

Seller-Oggersheim gibt eine Uebersicht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Oggersheim, Fußgönheim und Hochdorf.

Knaup-Großhausen berichtet über die Verhältnisse in Großhausen, Lorch und Heppenheim. Meistens finden sich weibliche Tabakarbeiter, die männlichen sind gezwungen, durch Tagelöhnerarbeiten ihr Einkommen etwas zu erhöhen. Zu den Protestveranstaltungen habe man auch den Reichstagsabgeordneten des Kreises, Frei, von Herrnsheim, eingeladen; derselbe habe in einem Briefe versichert, ein warmes Herz für die Arbeiter zu haben; wegen der Tabaksteuer werde er kommen und sich mit den Arbeitern und Tabakbauern zu verständigen suchen.

Schlagmann-Jauer bemerkt neben seinem Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, daß die Arbeiter häufig, um mit dem Tabak auszukommen, noch welchen von ihrem traurigen Lohn hinzukaufen. Der Abgeordnete des Kreises, Dr. Hermes, habe auf seine Anfrage erklärt, gegen die Tabaksteuer stimmen zu wollen.

Dntrhd-Flotbo: Während in den 60er Jahren am Orte nur Fabrikarbeit war, ist jetzt 95 Proz. Hausarbeit; dadurch sind die Löhne enorm gesunken und die Kinderarbeit stark verbreitet worden. Ich selbst habe manchmal meinen Kindern, um sie abends beim Abrippen munter zu erhalten, fortwährend Märchen erzählt.

Es erstatten dann noch ihre Berichte Töpfer-Gaynau, Heller-Oggersheim, Rusche-Neumarkt, Pieper-Spandau, Hug-Würzburg, Engler-Görlitz, Eben-Schrambed und Kap-Schönlanke, welche alle das gleiche Bild einer äußerst traurigen Lage der Tabakarbeiter in den betr. Bezirken zeigen.

Der Vorsitzende Börtner teilt mit, daß ein Delegierter vom Hirsch-Dumderischen Gewerbeverein kurz vor seiner Abreise infolge eines Schlaganfalls verstorben sei. Die Delegierten erheben sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen von ihren Plätzen.

3. Sitzung. Mittwoch, den 31. Januar 1906, vormittags.

Zur Geschäftsordnung beantragt Benisch-Striegau, den Antrag Kaim, betreffend Vereinigung des Tabakarbeiter- und des Sortiererverbandes, von der Tagesordnung abzusetzen, da die Frage nur von den beiden Organisationen geregelt werden könne. Gerlach-Kaim spricht dagegen.

Deichmann erklärt, auch im Namen v. Elms, daß die Vorstände beider Organisationen in allerhöchster Zeit sich über die Frage zu verständigen suchen werden. Die Sache ist das für den Kongreß erledigt.

Es wird sodann in der Tagesordnung fortgefahren. Müller und Langner-Oblau berichten über die Lage der Tabakarbeiter ihres Ortes und geben ein reiches statistisches Material bekannt. Inzwischen ist ein Schreiben des Schatzmeisters des Gewerbevereins der Tabakarbeiter eingegangen, in welchem der Tod des Delegierten angezeigt und gebeten wird, auch im Namen der Mitglieder des Gewerbevereins gegen die Tabak- und Zigarettensteuerborlage Protest zu erheben.

Es folgen Berichte der Delegierten Bringmann-Spenge, Graupe-Delitzsch, Klingenhagen-Herford, Anni-Speyer, Knopp-Seefen, Schulz-Wilbheim, Krauß-Brandenburg, Bratling-Süßlengern, Heinsinger-Heidenheim. Sodann wird ein Antrag Schnell-Ganau, die Redezeit auf 10 Minuten zu verkürzen, angenommen.

Die Berichterstattung wird fortgesetzt durch Fichtner-Mittweida und Reimer-Gartha. Wiederm werden düstere Bilder des Elends unter den Tabakarbeitern entrollt.

Auf Anregung des Bureaus und mit Zustimmung der Delegierten erhalten zunächst einige Zigarettenarbeiter das Wort. Es möge beweisen, daß Zigarren- und Zigarettenarbeiter sich solidarisch fühlen.

Frau Lamme-Dresden: Die Lage der Dresdner Zigarettenarbeiter ist trauriger als wie die der Zigarettenarbeiter anderswo. Wenn man bedenkt, daß bei einem Jahresverdienst von etwa 500 Mk. schon 250 Mk. für Miete geopfert werden muß, dann ist es begreiflich, daß so viele alleinstehende Zigarettenarbeiterinnen der Armenpflege anheimfallen. Die Fabrikanten kennen sehr wohl die Lage ihrer Arbeiterinnen, Vorwurf auf den Lohn ist allgemein üblich, ich selbst habe bei einem Fabrikanten neun solche Listen gesehen, wo die Gesamtsumme 900 Mk. ausmachte. Eines Tages wurde das Vorführzahlen eingestellt, da gab es bei den Arbeiterinnen traurige Gesichter. Es ist hier von der Prostitution gesprochen worden, nun, ich könnte ein Lied darüber singen, wie weit diese zum Teil bei uns vorhanden ist. Ein Teil sucht sich aber sein Brot durch ehrliche Arbeit nebenbei, wie als Kellnerin usw. Sonntags zu verdienen. Ich bedaure, daß die Zigarettenbranche auf diesem Kongreß nicht stärker vertreten ist. Wird die Vorlage Gesetz, dann werden Tausende der Armenpflege in die Arme getrieben. Rednerin verbreitet sich in spezialisierter Weise über die Löhne und die Arbeitsweise der Dresdner Zigarettenarbeiterinnen und gibt dadurch dem Kongreß ein anschauliches Bild von deren Lage.

Lippelt-Hannover: Bei uns werden wohl von ganz Deutschland in der Zigarettenindustrie die höchsten Löhne bezahlt, und doch bringen es die männlichen Arbeiter nur auf 18-20 Mk., die weiblichen auf 13,50-17 Mk. pro Woche. Bei den Zigarrenarbeitern dagegen wird bedeutend weniger verdient. Redner erörtert dann unter Angabe von Zahlen die Lage der Tabakarbeiter seines Bezirks. Die Zigarettenfabrikanten haben kürzlich eine Bittschrift bei uns zur Unterchristensammlung zurulieren lassen, dieselbe war an den Reichstag gerichtet wegen Ablehnung der Zigarettensteuerborlage. Ich habe aber vom Unterschreiben abgeraten, denn zu bitten brauchen wir in diesem Falle nicht.

Schmidt-Berlin: Da die Gefahr für die Zigarettenindustrie immer drohender wird, fordere ich Sie nochmals zum energischen Kampf auf. Wehe uns Tabakarbeitern! Wenn diese

Vorlage Gesetz wird, dann ist der erste Schritt zur Fabriksteuer getan. Die Regierung, wie auch alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, haben es nicht einmal für nötig gehalten, sich auf diesem Kongreß zur Information vertreten zu lassen. Ich klage die Regierung an, daß sie eine ausbleibende Industrie der Vernichtung aussetzt; ich klage die herrschenden Parteien des Reichstags an, daß sie kein Interesse für die eventuellen Opfer dieser Vorlage zeigen. Ich klage ferner die Zigarettenfabrikanten an, durch ihre blinde Profitgier der Regierung die Handhabe zu ihren zerstörenden Plänen gegeben zu haben. Ich klage die Regierungsvertreter an, daß sie dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegten, der eigentlich nie Gesetz werden kann, sondern es erst durch die Weisheit des Bundesrats werden muß. Ich weiß nicht, ist dieser Gesetzentwurf liederlich, oder ist er absichtlich so gefast? Will man die Industrie auf Gnade oder Ungnade ausliefern? Wenn ja, dann muß der Reichstag die Vorlage ablehnen. Bei 27 Paragrafen wird dem Bundesrat in 21 derselben die Ausführung überlassen. Das ist ein Beweis der Unmöglichkeit, ein solches Gesetz überhaupt fabrizieren zu können. Redner stellt zum Beweis der „Logik“ der Motive zur Vorlage einige Sätze derselben gegenüber, welche einen eklatanten Widerspruch zeigen.

Die billigen Sorten, welche konsumiert werden, machen 90 Proz. der verbrauchten Zigaretten überhaupt aus. Wenn man vom Pfeifchen des armen Mannes redet, kann man mit ebensobiel Recht von der Zigarette des armen Mannes reden. Täuschen Sie sich nicht! Der Zigarette des armen Mannes würde auch bald die Zigarre und das Pfeifchen des armen Mannes folgen. Unser aller Kampf muß sein: Nieder mit der Zigarettensteuer! (Lebhaftes Bravo.)

Sodann berichten Kaffler-Heidenheim, Schnell-Ganau und Petsch-nig-Ludenthal über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter ihrer Bezirke, während Flaßel-Nordhausen insbesondere die Lage der Raubtabakarbeiter schildert.

Nachmittags-sitzung.

Thieme-Hamburg beantragt den Schluß der Debatte. Es sind noch 45 Redner eingezeichnet. Nachdem Klingenhagen-Herford gegen den Antrag gesprochen, wird derselbe angenommen.

Es wird dann die folgende, sich gegen jede höhere Besteuerung des Tabaks und der Zigaretten richtende Resolution angenommen:

Resolution.

Der am 29. Januar 1906 und folgende Tage in Berlin tagende von 193 Delegierten aus 576 Orten beständige Kongreß der Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen Deutschlands protestiert auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, des Tabakzollens, sowie gegen jede Art der weiteren Besteuerung der Tabakfabrikate und verurteilt aufs schärfste, daß die Reichsregierung es unterliege, Regierungsvertreter behufs näherer Information über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, sowie über die Verhältnisse des ganzen Tabakgewerbes zu dem Kongreß zu entsenden.

Der Tabak, welcher, wie die Begründung zu den Gesetzesvorlagen betreffend die Erhöhung des Tabakzollens und der Tabaksteuer, sowie des Entwurfes einer Zigarettensteuer angibt, für den Konsumenten ein entbehrliches Genußmittel sein soll, ist für die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der unentbehrliche Rohstoff des Gewerbes. Steuererhöhungen, die eine Verteuerung dieses Genußmittels unzweifelhaft herbeiführen, haben eine Herabdrückung des Konsums zur Folge und bringen daher für die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben Beschäftigten: Arbeitslosigkeit und unberechenbare Lohnabzüge. Die Tabakarbeiter glauben um so mehr berechtigt zu sein zu einem Protest gegen jede weitere Steuererhöhung.

1. weil in der Tabakindustrie eine große Zahl schwächlicher und berümpelter Arbeiter Unterschluß gefunden haben, die in keiner anderen Industrie sich zu ernähren imstande sind und bei der durch die Steuererhöhung bewirkten Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zur Last fallen würden;

2. weil durch den am 1. März 1906 in Kraft tretenden Zolltarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Tabakarbeiter bewirkt wird;

3. weil die jetzige Steuererhöhung für die Tabakindustrie zur Folge hatte, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1879 mit zu den besser entlohnten Arbeitern gehörten, jetzt nach der Lohnstatistik der Berufsgenossenschaften mit ihrem Jahresverdienst um 404 Mk. unter dem Durchschnittsverdienst der gegen Unfall versicherten Arbeiter stehen. Die alljährlichen enormen Einnahmen, welche das Reich durch die im Jahre 1879 erfolgte Erhöhung des Tabakzollens und der Tabaksteuer hat, werden hauptsächlich getragen durch die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben beschäftigten Arbeiter, in Form der damals in großem Umfang vorgenommenen Lohnreduktionen, die sie über sich ergehen lassen mußten auf Grund der durch das Sozialistengesetz herbeigeführten Wehrlosmachung der Arbeiter und durch die in erheblichem Maße betriebene Verlegung der Fabrikation aufs flache Land. Nennenswerte Lohnaufbesserungen konnten bis heute nicht errungen werden, weil durch die immer wiederkehrenden Beunruhigungen der Industrie, durch neue Steuerprojekte solche Störungen verursacht wurden, die jeden ernsthaften Versuch, Lohnaufbesserungen zu eritreben, unmöglich machten.

Eine neue Steuererhöhung würde eine weitere Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter herbeiführen. Da die Tabakarbeiter in 300 Arbeitstagen jetzt einen Durchschnittsverdienst von 543 Mk. erzielen, würden sie durch vermehrte Arbeitslosigkeit und Lohnverschlechterungen zum Hungern verurteilt sein.

Der Kongreß protestiert besonders gegen die geplante beispiellos hohe Zigarettensteuer. Durch Annahme dieser Steuer würden zweifelhafte Tausende weiblicher Tabakarbeiter hroßlos werden und dem Hunger preisgegeben oder der Prostitution in die Arme getrieben. Eine Steuer, die in manchen Fällen höher ist als der gegenwärtige Verkaufspreis der Zigaretten, wird eine völlige Revolution in der Zigarettenindustrie erzeugen. Die Zigarettenindustrie wird aus den Großstädten, wo sie jetzt ihre Fabriken hat, verlegt werden nach Gegenden mit billigeren Arbeitskräften und die arbeitslos gemordeten Arbeiterinnen in den Großstädten in hilfloser Lage zurücklassen. Um zu verhindern, daß Tausende weiblicher Arbeiter dem Hunger oder der Prostitution preisgegeben werden, fordert der Kongreß von dem hohen Reichstage, dem Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer Zigarettensteuer seine Zustimmung zu verjagen.

Der Kongreß erwartet, daß die Regierung, nachdem die Steuerkommission des Reichstages einstimmig die Gesetzesvorlage wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes abgelehnt hat, schleunigst die Gesetzentwürfe zu höherer Belastung des Tabaks zurückzieht und bei künftigen Steuerborlagen die höhere Besteuerung des Tabaks ganz außer Frage läßt.

Sollte dies nicht eintreten, so erwartet der Kongreß, daß der Reichstag ebenso einstimmig wie seine Kommission in erster Lesung das Schicksal der Vorlage durch ein ablehnendes Votum besiegeln wird.

Ein Antrag der Redaktionskommission: „Der Kongreß wolle beschließen, die Verhandlungen des Kongresses sowie das gewonnene reichhaltige Material ich in Broschürenform zu veröffentlichen und gegen 10 Pfg. abzugeben“, wird angenommen.

Ein Antrag Riendorfer-Kiel: Der Kongreß beschließt, daß die auf dem Tabakarbeiterkongreß von 1893 zur Abwehr etwaiger Tabaksteuerborlagen eingesetzte Zentralkommission auch für die Zukunft mit dem gleichen Zweck bestehen bleiben und ihren Sitz in Berlin behalten soll, findet ebenfalls Annahme.

Sodam wird festgestellt, welchen Berufsgruppen und welcher Organisation die Delegierten angehören. Es ergibt sich, daß 6 Unorganisierte anwesend sind. Deichmann erklärt, daß diese Feststellung nicht etwa ein Druck auf die Nichtverbandsmitglieder bedeuten soll. Zwangsmitglieder könne der Verband nicht gebrauchen, aber er hoffe, daß aus den Verhandlungen des Kongresses jeder die Notwendigkeit der Organisation erkannt habe.

Ein Antrag aus Heiligenstadt, welcher verlangt, daß der Reichstag bei Annahme der Vorlagen einige Millionen zur Unterstützung brotlos werdender Krüppel aussetzt, wird, nachdem Thiemer-Hamburg mit der Motivierung, daß wir nicht betteln wollen, dagegen gesprochen, abgelehnt.

Ein weiterer Antrag aus Heiligenstadt, die Namen derjenigen Abgeordneten, welche für die Tabak- und Zigarettensteuervorlagen stimmen, durch ein Flugblatt zu veröffentlichen, wird angenommen.

Kiesel-Berlin: Unseren Abgeordneten war es heute nicht möglich, zur Sitzung des Kongresses zu kommen. Ich habe aber soeben vom Kollegen Mollenhuth die telephonische Mitteilung erhalten, daß sich sämtliche Abgeordnete, mit Ausnahme einiger Nationalliberalen gegen die Zigarettensteuervorlage ausgesprochen haben. (Großer Beifall.) Das läßt uns auch hier auf eine Niederlage der Vorlage hoffen. Ich darf wohl im Namen der Zentralkommission und des Kongresses aussprechen, daß unsere Verhandlungen ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Die Regierung könnte aus dem gehörten reichen Material Lehren schöpfen, daß die jämmerlichen Zustände durch die Schuld der Regierung herbeigeführt sind, keinen Pfennig Steuer auf den Tabak und die Zigaretten zulassen. Sie werden der Zentralkommission wieder den Auftrag geben, weiter auf der Wacht zu sein, das wird sie getreulich tun. Wir werden uns aber auch merken, daß bei der Agitation gegen die Vorlagen das Unternehmertum anerkannt hat, daß unsere Lage schlecht ist. Man deshalb für die Zukunft für uns eine andere Aufgabe geben, als mit allen Mitteln, namentlich durch die Organisation, für die Verbesserung unserer Lage zu kämpfen? Ohne Hader und Zank wollen wir vorwärts marschieren. Ich bitte Euch, mit mir in ein Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband einzustimmen.

Die Delegierten bringen ein dreifaches Hoch auf den Verband aus.

Deichmann-Bremen: Wer die Verhandlungen des Kongresses verfolgt hat, wird überzeugt sein, daß unter den deutschen Tabakarbeitern ein grenzenloses Elend herrscht, der wird aber auch weiter zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß kapitalistische Ausbeutung und die Finanzpläne der Regierung daran schuld seien. Tausende Tabakarbeiter haben nicht einmal das liebe Brot. Ich habe in Osnabrück mit einem nationalliberalen Abgeordneten getritten; der Herr meinte, die Art unserer Agitation würde uns ihren Zweck wohl nicht erreichen lassen. Gewiß, wenn dem Tabakarbeiter von eurem reichbefehligen Tisch ein Stück Brot genommen würde, er würde sich darüber nicht aufregen, aber wenn ihm das letzte Stück Brot genommen wird, dann hat er ein Recht, sich aufzuregen. Im Jahre 1879 war es uns durch das Sozialistengesetz unmöglich, die damalige Vorlage zu Fall zu bringen. Haben uns die Berichte der Delegierten nur Elend gezeigt, so sehen wir, daß es mit dem Schutz der nationalen Arbeit läge ist. Wer die nationale Arbeit schützen will, der darf einer Industrie nicht die Rohstoffe verteuern. Man sieht jetzt, daß das Neben bei den Holzbehalten nur Sand in die Augen des Volkes gewesen ist.

Wenn es vielleicht der Regierung auch diesmal noch gelingt, für die Summen, welche aus dem Tabak herausgeschlagen werden sollten, andere Steuerobjekte zu finden, wir dürfen trotzdem nicht ruhig sein, denn der Tabak ist sämtlichen Schatzkammern bisher ein Lieblingsstraft gewesen. Es ist auch nicht gesagt, daß das Resultat der ersten Kommissionslesung das endgültige sein wird. Wir kennen den Kuhhandel, wie er hinter den Kulissen betrieben wird. Schon die Berichterstattung der Delegierten muß die Agitation weiter entfachen. Der Deutsche Tabakarbeiterverband und der Sortiererverband haben ja die Führung in der Agitation gehabt, aber konstatiert muß werden, daß die christliche Organisation es nicht für nötig gehalten hat, mit uns für die Beseitigung der Gefahr zu arbeiten. Wir müssen auch diese Kollegen aufklären und für uns zu gewinnen suchen; aber auch die Unorganisierten müssen wir von der Notwendigkeit der Organisation überzeugen. Wir müssen auch die gesamte Arbeiterschaft aufklären, daß unsere Sache auch ihre Sache ist. Vor allen Dingen müssen auch die Frauen und Töchter der Arbeiter, welche in unserem Verufe tätig sind, für den Verband gewonnen werden. Haben wir eine mächtige Organisation, dann erst dürfen wir eine Besserung unserer Lage erwarten. (Stürmischer Beifall.)

Kollege Kenn stattet der Zentralkommission und den Berliner Kollegen für ihre lobenswerte Tätigkeit den Dank ab.

Darauf wird der Kongreß vom Vorsitzenden Börner mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung, in welches die Delegierten begeistert einstimmen, geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Schönlaue. Der Zugzug ist fernzuhalten, da in 6 Betrieben die Arbeiter in einen Lohnkampf verwickelt sind, woran zirka 160 Personen beteiligt sind.

Kreischa (Bezirk Dresden). Die Arbeiter bei der Firma Martin sind in einem Lohnkampf begriffen und wird nach hier um Fernhaltung des Zugzugs gebeten.

In Rastved auf Seeland ist infolge von Lohnstreitigkeiten ein Tabakspinnereitrieb ausgebrochen. Wir ersuchen die deutschen Tabakspinner, keine Stellung nach dorthin anzunehmen, falls sich Agenten an sie heranmachen wollen.

Aus den österreichischen Gewerkschaften. Die österreichische Gewerkschaftskommission erstattet in Nummer 1 der „Gewerkschaft“ einen vorläufigen Rechenschaftsbericht, dem die erfreuliche Tatsache zu entnehmen ist, daß auch im Jahre 1905 die meisten Gewerkschaftsorganisationen recht schöne Fortschritte aufzuweisen haben. Wir wollen daraus nur einen kurzen Auszug bringen, da ja später, wie alljährlich, eine genaue statistische Darstellung über die Stärke und Leistungsfähigkeit der österreichischen Gewerkschaften erscheinen wird. Die Ziffern, die den Verband der Bauarbeiter betreffen, sind den Lesern bereits bekannt und brauchen nicht wiederholt zu werden. Der Verband der Zimmerer stieg von 1237 auf fast 4000 Mitglieder, die Verbandseinnahmen von 7551.41 Kronen auf beinahe 21 000 Kronen. Der Verband der Holzarbeiter, der im Jahre 1904 11 972 Mitglieder zählte, stieg auf 20 000. Außerdem ist es gelungen, einige Lokalvereine als Ortsgruppen dem Verbande anzugliedern. Der Steinarbeiterverband hat um 2000, der Porzellanarbeiterverband um 1000, der Tonarbeiterverband um 1500 Mitglieder zugenommen. Für die Glasarbeiter war das Berichtsjahr infolge von großer Bedeutung, als es gelang, die drei bestehenden Zentralorganisationen in eine einzige zu verschmelzen. Der Mitgliederstand des Metallarbeiterverbandes hat sich verdoppelt; derselbe stieg von 20 400 auf 42 000. Der Zentralverein der Gießer steigerte seine Mitgliederzahl um 3500. Die Union der Bergarbeiter stieg

von 13 600 auf beinahe 25 000. Der Zentralverein der Schuhmacher hat seine Mitgliederzahl von 3000 auf 6000 erhöht; die Gewerkschaft der Lederarbeiter nahm um rund 1000 Mitglieder zu. Der Mitgliederstand des Bäckerverbandes ist von 4300 auf ca. 5000 gestiegen. Die Mitgliederzahl des Verbandes der Papierarbeiter stieg von 6000 auf 12 400. Eine Vermehrung der Mitglieder verzeichnen noch die Organisationen der Schneider, Gutmacher, Sattler, Tischler und Riemer, Handschuhmacher, Brauer und Fäbinder, Tabakarbeiter, Handels- und Transportarbeiter und Buchbinder. Dieser gewaltige Aufschwung der Gewerkschaften läßt das Beste für die Zukunft hoffen.

Konferenzbericht des 5. Gaues

am 28. Januar 1906 in der Zentrallhalle in Bielefeld. Die Konferenz wurde vom Kollegen W. Schlüter, Gauleiter, um 10 Uhr eröffnet. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Schulz-Bielefeld und Effer-Winden als Vorsitzende, die Kollegen Harre-Nehme und Feld-Burgsteinfurt als Schriftführer. Die Aufstellung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 34 Delegierten, die folgende Orte vertreten: Ahlen, Borgloh, Burgsteinfurt, Bünde, Glasheim, Bielefeld, Dortmund, Enger, Herford, Hixdenhausen, Hausberge, Hunnebrock, Kirchlengern, Lage, Lübbecke, Lippstadt, Lemgo, Langendreer, Minden, Melle, Osnabrück, Derlinghausen, Pyrmont, Nehme, Rheda, Soest, Spenge, Saljusfen, Lohtho, Werl und Wattenscheid. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Altena, Metzebe und Rinteln. Vom Vorstande war der Kollege Eberle anwesend.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Die Reorganisation im Verbandsreferierte Kollege Eberle. Die Erhöhung der Beiträge und die Regulierung der Unterstützungssätze sei erforderlich gewesen, um den Hauptzweck des Verbandes, die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Tabakarbeiter, nicht ins Hintertreffen kommen zu lassen. Die siebenfache Klassifizierung der Beiträge, die verschiedentlich Widerspruch hervorgerufen habe, sei durch die große Verschiedenartigkeit des Lohnverhältnisses bedingt.

Redner erläuterte im einzelnen die Unterstützungsformen des Verbandes und besprach die Neueinrichtung der Gauleiter. Diese sollten die Kontrolle über die Produktion ihres Bezirks ausüben und die Agitation in die Wege leiten. Ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß der Verband kampffähig bleiben müsse, um die Lebenslage der Tabakarbeiter verbessern zu können, habe die Generalversammlung in Leipzig die neuen Bestimmungen geschaffen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde hauptsächlich bemängelt, daß der Sitz des Gauleiters statt in der Zentrale der Tabakindustrie, Bünde, nach Bielefeld gelegt worden sei. Dem wurde jedoch entgegengeworfen, daß die Verkehrsbedingungen für Bielefeld bessere, und deshalb auch die Kosten geringere seien.

Ferner wurde die häufige Einberufung von Gaufunkonferenzen getadelt, die Kosten hierfür könnten gespart werden.

In seinem Schlusswort begründete Kollege Eberle ebenfalls die Verlegung des Sitzes des Gauleiters nach Bielefeld. Der Gauleiter müsse auch deshalb an der Zentrale des gewerkschaftlichen und politischen Lebens seinen Sitz haben, damit er Anregungen für die Agitation empfangen und mit allen für dieselbe in Betracht kommenden Faktoren in enger Verbindung stehe. Auch die Gaufunkonferenzen seien erforderlich. Durch den gegenseitigen Meinungsaustausch würden Anregungen gegeben und würde so das Verbandsleben mehr belebt, mehr Geist und Tatkraft geschaffen. In Schlesien hätten die Konferenzen gute Erfolge gezeigt. Trotz der Beschlüsse der Leipziger Generalversammlung habe der Verband seit dieser um mehrere Tausend Mitglieder zugenommen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Konferenz erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden und erklärt, daß die Erhöhung der Beiträge und die Herabsetzung der Unterstützungen eine Notwendigkeit war, um den Kampfscharakter des Verbandes aufrecht zu erhalten.“

Ein Antrag, den Sitz des Gauleiters nach Bünde zu verlegen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es folgt nunmehr Punkt 2 der Tagesordnung: Berichterstattung von den einzelnen Orten. Die Berichte der Delegierten von Minden, Lippstadt, Spenge, Werl, Lemgo, Wertber, Nehme, Hausberge, Ahlen, Pyrmont, Lohtho, Burgsteinfurt, Osnabrück, Lage, Bünde, zeigen alle das selbe Bild: niedriger Verdienst, lange Arbeitszeit bei der Heimarbeit, hohe Lebensmittelpreise, teure und unzureichende Wohnungen, ungenügende Ernährung, steigende Krankheitsziffern, Anspannung der ganzen Familie in der Heimarbeit und Vertreibung von Landwirtschaft, andernfalls es überhaupt nicht möglich wäre, zu existieren. Die Mehrheit der Hausarbeiter sehe heute bereits ein, welche schweren Folgen die Hausarbeit für die Gestaltung des Lohnverhältnisses in sich birgt, aber es fehlten meistens noch die Bedingungen, um die Heimarbeit an den Nagel hängen zu können, auch werde vielfach von den Tabakarbeitern zur Heimarbeit gezwungen, weil die Löhne so erbärmlich sind, daß sie mit dem in der Fabrik erzielten Verdienst nicht existieren können. Der Delegierte von Minden berichtet, daß sich bei der von der Handelskammer veranstalteten Umfrage über die Heimarbeit, die Geistlichen für Hausarbeit erklärt hätten, da durch die Fabrikarbeit das Familienleben gestört werde. Das Familienleben werde aber erst recht durch die Hausarbeit vernichtet, weil es in derselben überhaupt keine Ruhe gibt und weil alle Familienmitglieder mit fronden müssen. Den Unternehmern komme es bei ihren Vorschlägen, die feinerzeit für Bestimmungen über die Hausarbeit gemacht wurden, gar nicht darauf an, dieselbe ganz zu beseitigen, sondern man sei nur bestrebt, reine Ware zu bekommen. Die Unternehmer stellten es immer so dar, als ob die Arbeiter von Grund auf ungesund seien, es sei aber statistisch festgestellt worden, daß in manchen Ortschaften die ganze jüngere Generation dem Tabak angehöre. Wenn diese Tabakarbeiter ungesund sind, so sei dies eben nur eine Folge der miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Delegierte von Spenge weist an der Hand der steigenden Erkrankungsziffern in der Krankenkasse nach, daß sich der Gesundheitszustand bei den Tabakarbeitern sehr verschlechtert habe. Bei der Krankenkasse in Lohtho sind die Beiträge um 100 Prozent gestiegen, die Unterstützungssätze dagegen aber nur um 25 Prozent. Ebenfalls ein Beweis für den schlechten Gesundheitszustand der Tabakarbeiter.

Der Gauleiter, Kollege Schlüter, führt aus, daß es den Tabakarbeitern gar nicht möglich sei, zu existieren, wenn sie nicht nebenbei etwas Landwirtschaft betreiben. Der Fabrikant Blase in Lübbecke habe gesagt, daß unter den Tabakarbeitern ein Wohlstand bestehe, die Berichte der Delegierten hätten aber das gerade Gegenteil bewiesen. Der Wohlstand der Tabakarbeiter bestehe nur in der Phantasie der Unternehmer. Unter diesen tieftraurigen Verhältnissen bedürfe es großer Opfer, um die Tabakarbeiter wirtschaftlich auf ein höheres Niveau zu bringen, aber sie müßten im Interesse der gesamten Tabakindustrie gebracht werden. Redner machte dann noch verschiedene Vorschläge in bezug auf die Agitation, denen von der Versammlung zugestimmt wurde.

Kollege Eberle: Die Berichte haben gezeigt, daß die Arbeitsleistung immer intensiver wird, daß die Löhne dagegen direkt und indirekt, gesunken sind. Die Unternehmer verdrängen eben überall, die Produktionskosten immer mehr auf den Arbeiter abzumwälzen. Der Mann werde verdrängt und dafür die billigere Arbeitskraft der Frau eingeschoben. In den hohen Krankheitsziffern zeige sich die Degeneration bei den Arbeitern der Tabakindustrie. Die fortwährende Beunruhigung der Tabakindustrie habe diese Misere mit verschuldet. Auf der einen Seite predige man alle mögliche soziale Fürsorge und auf der andern drücke

man die Lage der Arbeiter durch neue Steuern und Verteuerung der Lebensmittel immer mehr herab. An der Hand statistischer Aufnahmen, Ergebnis einer im Jahre 1900 vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband veranstalteten Enquete, zeigt Redner die kümmerlichen Existenzverhältnisse der Tabakarbeiter. Wir geben hierüber folgende Zahlen wieder:

Für Formenarbeit werden Löhne bis herab zu 2.75 Mark pro 1000 bezahlt, für Handarbeit bis herab zu 5.80 Mark, für Sortieren bis herab zu 25 Pfg. Der Wochenverdienst für Zigarrenmacher betrug bei 1827 Arbeitern 18 Mark, bei 3936 16 Mark, bei 7516 14 Mark, bei 3911 12 Mark, bei 2326 10 Mark. Von den Widelmachern erzielten 1808 einen Wochenverdienst von 12 Mark, 2699 10 Mark, 5475 8 Mark, 3888 6 Mark, 291 4 Mark, Zurechter 4 12 Mark. Der Stundenlohn bei 1915 Arbeitern 30 Pfg., bei 4185 26½ Pfg., bei 7620 23½ Pfg., bei 5432 20 Pfg., bei 5360 16½ Pfg., bei 6032 13½ Pfg., bei 4792 10 Pfg. und bei 572 6½ Pfg. Die Arbeitszeit betrug in den Fabriken bis 14 Stunden, in der Heimarbeit ist dieselbe bedeutend länger, speziell auch in Westfalen. In Nehme brachte es ein Arbeiter bei einer Arbeitszeit von 100 Stunden in der Woche auf ganze 16 Mark. Die Erhebungen erstreckten sich auf 1865 Betriebe, auf 46 179 Arbeiter, darunter 26 558 Arbeiterinnen. So sehe es mit den Lohnverhältnissen der Tabakarbeiter aus. Kein Wunder sei es, daß unter solch traurigen Verhältnissen die Schwinnbucht unter den Tabakarbeitern einen gefährlichen Nährboden finde, daß die Lebensdauer bei den Tabakarbeitern eine kurze sei. Die vielen Millionen, die der Staat aus dem Tabak herauspreßt, seien vornehmlich der Lohn für die Tabakarbeiter. Angesichts dieser Zustände sei die Organisation so notwendig wie das liebe Brot, denn durch diese könne die Lage der Tabakarbeiter verbessert werden.

Nach einer kurzen Debatte über Agitation ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt und gelangt der letzte: Die geplante Mehrbelastung des Tabaks zur Beratung. Das Referat hierüber hält Kollege Schlüter. Wenn die Pläne der Regierung verwirklicht würden, werde die unaussprechliche Folge sein, daß die großen Fabriken nach Süddeutschland verlegt werden, wo man schon seit Jahren hierfür agitieren. Es hätten sogar Gemeinden infertiert, das Land für die Fabrikanlage gratis zur Verfügung stellen zu wollen. Die kleinen Fabrikanten, die den Zug nach Süddeutschland nicht mitmachen könnten, würden dagegen zugrunde gehen. 1893 habe Kosakowsky erklärt, daß die höhere Besteuerung des Tabaks immer wieder kommen werde. Die Tabakarbeiter aber hätten sich, anstatt sich der Organisation anzuschließen und gegen neue Angriffe zu rüsten, aufs Ohr gelegt. Und doch sei gerade auch eine starke Organisation der beste Schutz gegen alle Steuerpläne. Der Verband müsse so gestärkt werden, daß es möglich sei, nicht nur die weitere Geradbrückung der Lebenslage der Arbeiter abzuwehren, sondern bessere Zustände überhaupt herbeizuführen. Die folgende Resolution des Referenten wurde einstimmig angenommen:

„Die am 28. Januar 1906 in der Zentrallhalle zu Bielefeld versammelten Vertreter der Tabakindustrie Westfalens, ersehen in der stetigen Beunruhigung der Tabakindustrie durch immer wiederkehrende Steuer- und Zollvorlagen eine Nichtachtung der Arbeiterschaft einer der bedeutendsten Industrien Deutschlands.“

Regierung und Reichstag wissen, daß durch eine Zollerhöhung, und wäre dieselbe noch so gering, die Tabakindustrie Westfalens vollständig vernichtet würde und die Tabakarbeiter dem Hunger und Elend überliefert werden würden. Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter Westfalens ist aber schon eine tieftraurige. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, Beschäftigung in ungesunder Luft und in unzureichenden Arbeitsräumen haben schon jetzt die Tabakarbeiter zu einem menschenunwürdigen Dasein verdammt. Zur Erreichung besserer Zustände verlangen die Tabakarbeiter von Seiten der Reichsregierung Ruhe für die Tabakindustrie.

Die hier versammelten Vertreter erkennen aber auch an, daß eine Besserstellung nur möglich ist durch eine straffe gewerkschaftliche Organisation, wie sie im Deutschen Tabakarbeiterverbande vorhanden ist. Sie erklären einmütig, dahin wirken zu wollen, daß auch der letzte Tabakarbeiter in den von ihnen vertretenen Orten dem Verbandszuge geführt wird, damit der Verband ein Bollwerk wird gegen die immer wiederkehrenden Zollgeleüste der Regierung und ein Machtfaktor im wirtschaftlichen Kampfe.“

Nach einem aufmunternden Schlusswort des Kollegen Effer, in welchem derselbe ausführlich, daß die neuen Steuerpläne der Regierung ihre Wirkung auf die Tabakarbeiter nicht verfehlt hätten, daß einem großen Teil derselben die Augen aufgegangen sei und sich bereits dem Verbandszuge angeschlossen habe, daß bei eifriger Agitation weitere Erfolge zu verzeichnen sein werden, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband kurz vor 4 Uhr geschlossen.

Konferenz des 12. Gaues.

Am Sonntag, den 14. Januar, tagte in Leipzig im Restaurant zur Stadt Goltha eine Konferenz des 12. Gaues. Hoffmann-Leipzig eröffnete dieselbe um 11 Uhr, begrüßte die Delegierten namens der Leipziger Kollegenschaft und wünschte den Arbeitern der Konferenz besten Erfolg. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 92 Delegierten, die 31 Orte vertreten; vom Vorstand war Eberle anwesend. Ins Bureau wurden gewählt: Hoffmann-Leipzig und Hartmann-Delitzsch als Vorsitzende; Wenzel-Halle und Hilse-Torgau als Schriftführer. Ueber die Reorganisation des Verbandes referiert Eberle. Er legt den Anwesenden ganz ausführlich klar, warum die Leipziger Generalversammlung Beschlüsse von so großer Tragweite fassen mußte. Es hat sich gezeigt, daß die Unterstützungseinrichtungen, wie sie in Dresden beschlossen worden waren, alle verfügbaren Mittel verschlangen, so daß nur winzige Summen zum wirtschaftlichen Kampf und zur Verfügung standen. Wir müssen aber mehr Mittel zu diesem Zwecke haben, deshalb war es notwendig, daß einmal ein Etat aufgestellt wurde. Da zeigte sich nun, daß nach der einen Seite die Beiträge erhöht und andererseits die Unterstützungen gleichmäßig geregelt und ausgebaut werden mußten, wenn wir die Existenz des Verbandes nicht gefährden wollten. Wir haben ganz schlechte wirtschaftliche Verhältnisse und müssen daher Kämpfe führen, wollen wir auch für die Tabakarbeiter bessere Zustände schaffen. Redner bespricht sodann eingehend die Ueberstimmung, die ebenfalls einer Regelung dringend bedurfte; ferner die Gaueinteilung, die notwendig war, um intensiver und einheitlicher zu agitieren. Wenn vielfach geglaubt wird, daß unsere Mitgliederzahl sich gewaltig verringern würde, so muß im Gegenteil konstatiert werden, daß wir auf Grund der Neueinrichtungen schon Mitglieder gewonnen haben, wie die Gründung von Zahlstellen in Schlesien und Westfalen dies beweisen.

Schöder-Leisnig: Höhere Beiträge und niedrigere Unterstützungen halten wir für unvereinbar. Die Gehaltserhöhung hat böses Blut erregt. Den Gauleitern stehe ich nicht sympathisch gegenüber; die Vorortskommissionen haben viel geleistet. Auch von den Konferenzen versprechen wir uns keine positiven Erfolge.

Weber-Strehla schließt sich vielfach dem Vorredner an. Er bedauert den Beschluß betreffs Ueberstimmung. Es wird schwer sein, Mitglieder zu erhalten, noch viel schwerer, solche zu gewinnen.

Graupe-Delitzsch: Wir sind eine Kampforganisation, keine Unterstützungskasse. Die Klasseneinteilung soll wegfallen. Mit den Unterstützungen haben wir Mitglieder gewonnen, aber wenig Kampfesmitglieder.

Hoffmann-Leipzig verteidigt die Beschlüsse der Generalversammlung, die gar nicht anders handeln konnte. Es ist bedauerlich, daß Kollegen gegen die Gehaltserhöhung des Vorstandes Front machen.

Margen-Wurzen schließt sich den Ausführungen Hoffmanns an. Man sollte mehr das große Ganze berücksichtigen und

sich nicht auf so kleinen Standpunkt stellen. Die Klaffen-einteilung ist überflüssig.

Thorshmidt = Lungenau ist mit der Beitragserhöhung einverstanden.

Rodst = Mittweida: Die örtlichen Unterklassen hemmen die Entwicklung unfres Verbandes.

Pötsch = Connewitz: Nach den Ausführungen Hoffmann kann ich mich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden erklären.

Wenzel = Halle: Wir haben mit der Beitragserhöhung gerechnet. Die Klaffen-einteilung erschwert nur die Verwaltungsgeschäfte, sie könnte wieder fallen gelassen werden. Die Gauseinteilung weist noch viele Mängel auf. Die Konferenzen können sehr wohl Erfolge zeitigen, sie sind notwendig, um gegenseitige Aufklärung, Belehrung und Anregung zur mündlichen Agitation zu schaffen.

Hilse = Torgau ist mit den Beschlüssen einverstanden und bedauert nur die Klaffen-einteilung.

Marxen = Burzen: Die Wöchnerinnenunterstützung führt uns viel weibliche Mitglieder zu, deshalb müssen wir sie beibehalten. Im weiteren schließt Redner sich den Ausführungen Wenzels an.

Schäfer = Leisnig polemisiert gegen Hoffmann. Er will dem Verbands den Kampfscharakter nicht nehmen.

Geilert = Döbeln erklärt sich mit den Beschlüssen einverstanden.

Rafuba = Schkeuditz schließt sich den Ausführungen Wenzels an.

Schmidt = Merseburg erklärt, daß die Merseburger Mitglieder mit den Beschlüssen nicht einverstanden sind.

Berle geht im Schlußwort die gepflogene Diskussion durch und appelliert an die Delegierten, unermüdet tätig zu sein, um dem Verbands immer mehr Mitglieder zuzuführen.

Folgende Resolution wurde hierauf angenommen: „Die am 14. Januar stattgefundene Konferenz des 12. Gau'es erklärt sich mit den Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich die Delegierten, durch tatkräftige Agitation dieselben bei ihren Mitgliedern zu erklären, so daß sie leichter durchzuführen sind.“

Hierauf wird in den zweiten Punkt der Tagesordnung: Bericht der Delegierten über die örtlichen Verhältnisse, eingetreten.

Die allgemeine Berichterstattung ergibt folgende Zusammenstellung:

Ort	Ueberhaupt befristigt		Hausarbeit		Lohn pro Monat	Lohn pro Tag	Material	Verhandlung
	Ueberhaupt	Hausarbeit	Organisiert	insgesamt				
Halle a. S.	113	9	59	7.50-12	—	10	gut bis schlecht	meist gut
Torgau	21	—	14	7-11	—	11	gut	gut
Delitzsch	1400	fast alle	257	6-13	10-25	?	1	—
Burzen	118	90	30	7-11	11-14	?	befriedigend	gut
Schkeuditz	10	2	12*	8-11.80	—	7-9	gut	gut
Leipzig	400	250	160	5.60-13	9-22	10-11*	läßt viel zu wünschen	—
Zeitz	125	63	95	6.50-9	—	9-10	läßt sehr zu wünschen	—
Harttha	1100	750	263	5.50-10	—	10	mangelhaft	—
Rohrweil	550	350	44	6-18	—	10	—	—
Mühlbach	34	—	18	7-10	—	—	—	—
Rochitz	113	37	11	5.50-9.50	—	10-11	mittel	—
Leisnig	115	51	78	6.50-12	11-17	9-10	—	—
Weißenfels	45	40	26	8-12	—	—	—	—
Merseburg	50	14	35	7.50-9	—	10-11	—	—
Mittweida	305	246	47	5-12	9-15.50	—	—	—
Mühlberg	31	—	7	6-8.80	—	—	gut	gut
Strehla	17	—	12	7-12	16	—	—	—
Döbeln	1100	750	120	5-18	—	?	im allgem. gut	—
Frohburg	69	?	21	6.50-9.50	—	—	—	—
Waldheim	900*	638	278	5-15*	—	10-11	bl. zu wünschen	—
Begau	20	13	12	6-8.75	[Hausarb. 12-18	—	bl. zu wünschen	—
Zwenkau	50	49	4	—	—	—	—	—
Eilenburg	118	110	54	6.50-13	—	—	—	—
Gönnern	25	16	8	7.25-11	—	—	keine Klage	—
Wittenberg	33	—	11	6.75-9	—	—	bl. zu wünschen	—
Stöteritz	65	50	16	8.50	—	10	gut	gut
Raumburg	14	11	7	7.50	—	—	—	—
Lungenau	80	11	34	6.50-12	—	10-11	—	—
Seitzhain	8	7	4	2.20	Hausarb. 9.50-12*	—	sehr schlecht	—

- 1. Sehr verschieden.
- 2. Darunter 4 Selbständige.
- 3. Hausarbeit 12—16 Stunden.
- 4. Selbst zurück.
- 5. Dazu noch 200 Sortierer.
- 6. Und so fort. Durchschnittslohn 6—6.50 Mk.
- 7. Bleibt zu wünschen.
- 8. Leipziger Hausarbeit.

Christlich-gewerkschaftlicher Bruderzwist.

Ein Streit, der im christlichen Lager seit Jahren tobt, hat gegenwärtig besonders heftige Formen angenommen. „Die christliche Gewerkschaft!“ — „Die katholische Fachabteilung!“ lautet der Kriegsruf. Es handelt sich um den Gegensatz zwischen der „M.-Glabbacher Richtung“, welche christliche Arbeiter ohne Unterschied der Konfession aufnimmt, und der „Berliner Richtung“, die nur katholische Arbeiter in den Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine organisiert. Beide Richtungen wollen gewerkschaftlichen Zwecken dienen. — Im Grunde genommen dreht sich der christliche Bruderzwist um die Frage: Nimmt ein katholischer Arbeiter an seinem Seelenheil Schaden, wenn er einer gewerkschaftlichen Organisation beitrete, der auch Andersgläubige angehören.

Wohlgemerkt: Nicht darum streitet man, ob katholische Arbeiter ihre wirtschaftlichen Interessen in einer gemeinsamen Organisation mit nicht kirchlich Gesinnten vertreten sollen. In dieser Frage sind beide Richtungen einig. Sind doch die christlichen Gewerkschaften der M.-Glabbacher Richtung lediglich deshalb ins Leben gerufen worden, weil man die kirchlich gesinnten Arbeiter vor jeder Verührung mit ihrer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Klassenorganisation bewahren will. Diesen christlichen Sonderbündlern auf gewerkschaftlichem Gebiet entstand aber vor einigen Jahren ein Gegner in Gestalt eines neuen Sonderbundes, nämlich der „Berliner Richtung“. Sie zieht im Grunde genommen die Konsequenz aus dem von den christlichen Gewerkschaften eingenommenen Standpunkt und sagt, gestützt auf kirchliche Autoritäten: Wenn schon christliche und nichtchristliche Arbeiter in gewerkschaftlichen Organisationen nicht zusammenfassen dürfen, dann kann es auch nicht statthaft sein, daß sich katholische und nichtkatholische Arbeiter gemeinsam organisieren, also müssen wir rein katholische Arbeiterorganisationen haben.

So stehen sich nun die Anhänger der „M.-Glabbacher Richtung“ und die Vertreter der „Berliner Richtung“ in bitterer Feindschaft gegenüber. Gegenwärtig wird sowohl in den christlichen Gewerkschaftsblättern beider Richtungen, wie auch in politischen Zeitungen der Zentrumspartei heftig über die Streitfrage diskutiert und in den Gegenden, wo Organisationen beider Richtungen vorhanden sind, bringt man den Streit in Versammlungen zum Austrag. Da wird nicht nur mit Gründen, sondern

oft auch mit Säuten für die eine oder die andere Richtung gekämpft. Und was das schönste ist: beide Richtungen berufen sich auf den Papst. Eine Heuerung des „heiligen Vaters“ in Rom ist es, die dem christlichen Bruderzwist einen neuen Anstoß gegeben hat, und das kam so: Bischof Korrum in Trier fragte den Papst persönlich, ob er, der Papst, es billige, daß die Geistlichkeit der Diöcese Trier die katholischen Fachabteilungen begünstige. Der Papst billigte das und die „Berliner Richtung“ spielte diese Heuerung des „heiligen Vaters“ gegen die „M.-Glabbacher Richtung“ aus. Als nun die christliche Richtung sich gegen dies Verhalten des katholischen Bruders wehrte, brachte das päpstlich-offizielle Blatt „Osservatore Romano“ die Mitteilung, daß „Seine Heiligkeit“ mit gleichem Wohlwollen beide Richtungen lobt, doch könne, je nach den Verhältnissen, einer bestimmten Wegeben, bald der einen, bald der anderen der Vorzug gegeben werden.

Nun fühlt sich die „M.-Glabbacher Richtung“ wieder oben auf. Die Autorität des Papstes — ja jubelt sie — kann nicht gegen uns und für die „Berliner Richtung“ ins Feld geführt werden. Nachdem sich jetzt beide Richtungen mit gleichem Recht auf den „heiligen Vater“ berufen können, wird ja wohl der Krieg der Sonderbündler gegen die Sonderbündler noch weiter fortgesetzt werden.

Das interessanteste an dieser Sache ist, daß die Leute von der „M.-Glabbacher Richtung“ mit Argumenten operieren, die nicht nur gegen ihre katholischen Gegner, sondern gegen jede christliche gewerkschaftliche Sonderbündelei sprechen. Ganz zurecht sagt der „Vergnapp“, das Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter: „Man kann nicht in Abrede stellen, daß die Trennung die Arbeiter schwächt und wirtschaftlich schädigt... Die Zersplitterung hat eine Schwächung der Arbeiter und eine wirtschaftlich minderwertige Organisation zur Folge.“ — Das ist sehr richtig. Aber, wer diese Ansicht vertritt, der muß auch so konsequent sein, jede Sonderorganisation der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete zu verurteilen. Die christlichen Gewerkschaften von der M.-Glabbacher Richtung stören aber die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation genau so, wie ihre Spezialgegner von der Berliner Richtung. Wer kraftvolle Arbeiterorganisationen will, die imstande sind, den Unternehmern Zugeständnisse abzurufen; wer Organisationen will, welche die Macht haben, die Lage der Arbeiter zu verbessern, der darf die Arbeiter nicht trennen wollen nach ihren religiösen Bekenntnissen und ihrer Stellung zur Kirche. Die wirtschaftlichen Interessen aller Arbeiter sind den Unternehmern gegenüber die gleichen. Deshalb sind alle christlichen Sonderorganisationen, ganz gleich welcher Richtung, ein Hindernis in der Arbeiterbewegung, sie zersplittern und schwächen die Arbeiter. Wenn das erst die Masse der christlichen Arbeiter eingesehen hat, werden die Führer der christlichen Organisationen keinen Boden mehr haben für ihre Sonderbündelei.

Berichte.

Groß-Steinheim. Am 4. Februar fand in der Wirtschaft zur Gustavsbürg unsere vierteljährliche Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung, welche der erste Bevollmächtigte Kollege Daus bekannt gab, war folgende: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Besuch der ausgesperrten Kollegen in Schönlanke um Unterstützung in ihrem Kampfe; 3. Neuwahl des Vorstandes; 4. Verschiedenes. Den Bericht über die Abrechnung vom 4. Quartal erstattete der Kassierer Daus. Es wurde von den Kontrollleuren festgestellt, daß alles in bester Ordnung geführt wurde. Von Seiten der Versammlung wurde dem Kassierer einstimmig Dank ausgesprochen. Dem wiederholten Besuch der ausgesperrten Kollegen in Schönlanke um Unterstützung, welchem seither nicht entsprochen werden konnte wegen der Sammlungen zur Abwehr der von der Regierung geplanten Tabaksteuererhöhung, soll bis nächsten Sonntag, den 11. d. M., entsprochen werden in Klein-Steinheim im Hanauer Hof, wo nachmittags 4 Uhr eine Versammlung sämtlicher Tabakarbeiter der Rainorte stattfindet, um den Bericht unfres Delegierten Valentin Joseph Feinginger von Klein-Auheim über den Verlauf des stattgefundenen Tabakarbeiterkongresses in Berlin entgegenzunehmen. Bei dem 3. Punkte, Neuwahl des Vorstandes, wurden per Affikamation folgende Kollegen gewählt: Jakob Daus 1. Bevollmächtigter, Ludwig Bauer 2. Bevollmächtigter, Anton Winter 3. Bevollmächtigter, als Kontrollleure: Joh. Mich. Heinle, Georg Hornfischer und Karl Holzderber. Bei Punkt 2. verschiedenes wurde eine Anfrage von Seiten eines Mitgliedes, weshalb die Versammlung am 28. Januar nicht abgehalten wurde, vom ersten Bevollmächtigten Kollegen Daus dahin beantwortet, daß dieselbe ausfiel auf Wunsch einiger Mitglieder.

Neckarhausen. Am 28. Januar fand im Gasthaus zum Jägerhof eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom vierten Quartal; 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure; 3. Bericht von der Gaukonferenz; 4. Verschiedenes. Nachdem der Kassierer den Bericht über die Abrechnung gegeben hatte, wurde ihm Entlastung erteilt. Dann wurden gewählt: Franz Brunnig als erster, Michael Berg als zweiter, Friedrich Köhler als dritter Bevollmächtigter; Karl Siebig, Johann Brecht und Joseph Fleck als Kontrollleure. Bei Punkt 3 gab der erste Bevollmächtigte einen sachlichen Bericht von der Gaukonferenz in Speier. Bei Verschiedenes führte Kollege Engert den Mitgliedern die Notwendigkeit einer Umgestaltung unfres Verbandes vor Augen. Zum Schluß forderte der erste Bevollmächtigte die Kollegen auf, für unfre Organisation zu agitieren, um die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zum Eintritt in den Verband zu bewegen, denn nur in geschlossenen Reihen können wir unfre Lage verbessern.

Stuttgart. Am 19. Januar fand im Gasthaus zum Mat eine Tabakarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: Tabaksteuer und der Tabakarbeiterkongress. Kollege W i l d e m a n n hatte das Referat übernommen. Redner erstattete Bericht von der Proteffkommission. Eine Anzahl Proteffversammlungen wurden abgehalten. Reichstagsabgeordneter S t o r z habe die Erklärung abgegeben, bei seinen Fraktionsgenossen dahin wirken zu wollen, daß sie gegen die Tabaksteuer stimmen; dagegen habe der Abgeordnete S c h w e i c h a r d t in Calw nicht einmal auf seine Einladung, die er bekommen habe, Antwort gegeben. Er besprach dann noch in klarer Weise die Arbeiten des Kongresses und meinte, daß wir unter keinen Umständen uns fernhalten dürfen, denn sämtliche Tabakarbeiter Württembergs müßten vertreten sein. Er bedauert, daß die Heilbronner Kollegen keinen Delegierten entsenden, da es doch diese eher machen könnten als wir, weil sie weit mehr Tabakarbeiter haben in ihrem Kreise als wir. Sollten sie es nochmals ablehnen, dann müße der Stuttgarter Delegierte die Heilbronner Kollegen mit Umgebung auch vertreten. Sämtliche an der Diskussion Beteiligten sprachen sich in diesem Sinne aus. Redner erntete für seine Ausführungen ungeteilten Beifall. Als Delegierter wurde Kollege D i b o l d gewählt. Zum Schluß erwähnte Kollege Wildemann sämtliche Tabakarbeiter, die dem Verbands noch nicht angehören, diesem beizutreten. Die Reihen müßten geschlossen werden, damit eine feste Organisation uns zur Seite stehe. Auf diese Mahnung traten auch einige dem Verbands bei.

Würzburg. Gegen die Erhöhung der Tabaksteuer fand am 28. Januar im Huttenschen Garten eine Proteffversammlung, die nahezu von 1500 Personen besucht war; Vertreter aller Stände hatten sich eingefunden. Als Referent war neben Magistratsrat Oberbaur-Würzburg auch Landtagsabgeordneter Kollwagen von Augsburg erschienen. Weiden Rednern wurde stürmischer Beifall gezollt. Kollege Bauer schilderte in längeren Ausführungen die traurige Lage sowie die niedrigen Löhnerhältnisse der Tabakarbeiter und machte zugleich bekannt, daß auch der Reichstagsabgeordnete Justizrat Dr. Thaler anwesend war, aber zu früh weggegangen sei, als wenn es der Zentrumsmann geahnt hätte,

daß er von dem Versammlungsbureau aufgefordert würde, anzugeben, was er für eine Stellung zu der Tabaksteuervorlage einnimmt. Zum Schluß gelangte eine scharfe Resolution zur einstimmigen Annahme. Nach der Versammlung wurde eine Tellerersammlung vorgenommen zur Deckung der Kosten, bei der eine Summe von 35.50 Mk. einging, wovon gleich als zweite Rate 20 Mk. an die Zentralkommission in Berlin abgeandt wurden.

Zoffen. Eine Mitgliederversammlung tagte am 22. Januar im Restaurant zur Flora. Die von den Kontrollleuren geprüfte und für richtig befundene Abrechnung wurde vom ersten Bevollmächtigten Rastow vorgelesen. Ausgenommen wurde ein Mitglied. Alsdann erstattete Kollege Liffed Bericht von der Gaukonferenz. In kurzen Worten gab er den Verlauf der Versammlung bekannt. Zum ersten Bevollmächtigten wurde Kollege Friedrich Freiwaldt, zum zweiten Kollege Krause, als Kontrollleure Lobisch und Hoffmann gewählt. Ueber die Proteffversammlung entspann sich eine längere Diskussion. Unter Verschiedenem entspann sich eine lebhafte Debatte zwischen den Kollegen v. Limpf und Freiwaldt betreffs der hiesigen Lohnbewegung. Kollege v. Limpf machte dem Kollegen Freiwaldt die ärgsten Vorwürfe, worauf sich die Versammlung veranlaßt sah, folgende Resolution anzunehmen: „Die heutige Versammlung verwirft auf das entschiedenste die Ausführungen des Kollegen v. Limpf gegen Kollegen Freiwaldt, und spricht letzterem ihr vollstes Vertrauen aus.“

Literarisches.

Landkarte. Die Firma Heinrich Brand, Rohstoffhandlung in Berlin, teilt uns mit, daß sie bereit ist, für die Mitglieder unfres Verbandes eine Anzahl von Exemplaren ihrer als Weihnachtsgabe für ihre Kunden herausgegebenen Landkarte der Tabakunternehmungen auf Sumatra umsonst zur Verfügung zu stellen. Wir versehen nicht, unsere Mitglieder auf diese Gelegenheit, in den Besitz der sehr teuren Karte zu kommen, ganz besonders aufmerksam zu machen und bitten, sich direkt an die Firma Heinrich Brand in Berlin N 54, Brunnenstraße 185, zu wenden.

Im Verlag von J. G. B. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Ethik und materialistische Gesellschaftsauffassung. Ein Versuch von Karl Rautsky. Internationale Bibliothek, Band 38. Preis broschiert 1 Mk., gebunden 1.50 Mk. Der Verfasser sagt in der Vorrede unter anderem: „Wie so manche andre Schrift des Marxismus ist auch diese eine Gelegenheitsarbeit, aus einer Polemik herausgewachsen. Die Kontroverse, die ich im September des vergangenen Jahres mit der damaligen Mehrheit der Redaktion des Vorwärts führte, veranlaßte mich, auch deren „ethische Tendenzen“ zu streifen. Meine Ausführungen darüber waren aber auf der einen Seite so vielfach mißverstanden, sie trugen mir auf der andern Seite so zahlreiche Aufforderungen ein, meine Auffassung der Ethik eingehender und systematischer darzulegen, daß ich mich veranlaßt sah, eine Entwicklung der Ethik auf der Grundlage der materialistischen Gesellschaftsauffassung wenigstens kurz zu skizzieren. Ich fuße dabei auf jener materialistischen Philosophie, wie sie einerseits Marx und Engels, und in anderer Weise, aber in gleichem Sinne, Joseph Dietzgen begründet haben. Für die Resultate, zu denen ich gelange, bin ich jedoch allein verantwortlich.“

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 3 des 16. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Wahlrechtskämpfe in verschiedenen deutschen Bundesstaaten. Von Luise Jiek. — Ein Rundgang durch die Heimarbeit ausstellung in Berlin. Von m. l. Der Wehrzeit. Von Julian Vorchardt. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Burg bei Magdeburg. — Der rote Sonntag im Wahlkreise Essen. — Russische Praxis in Preußen. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Die Beteiligung der Arbeiterinnen an den Vertreterwahlen zu den Ortskrankenkassen. — Etwas von Not und Kampf sächsischer Textilarbeiter. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Soziale Gesetzgebung. — Feuilleton: Mene Tefel. Von Emanuel Geibel. (Gedicht.) — Der heilige Ochs oder Triumph der Lüge. Von August Strindberg.

Frauen-Beilage: Die Mutter. Von N. A. Kestraw. (Gedicht.) — Unse Gesundheit: 10. Säuglingspflege. Von Dr. Adams-Wehmann. — Seguelle Fragen. Von Herr. Fürth. — Heimweh. Von Georg Serwegh. (Gedicht.) — Der Scharlach. Von Dr. B. Ch. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — In der Frühe. Von Eduard Mörike. (Gedicht.)

Quittung.

Zur Bekämpfung der neuen Tabaksteuerung gingen in der Zeit vom 30. Januar bis 6. Februar beim Unterzeichneten ein:

Nathenow, Gewerkschaftskarte	11.50 Mk.
Fürstenwalde, Gewerkschaftskarte	9.60 "
Würzburg, durch Alb. Schmidt	20. — "
Sorau N.-L., durch Anton Kriffen	20. — "
Groß-Steinheim, durch A. Winter	6.30 "
Zerbst, durch Fr. Raue	10. — "
Schwepnitz, durch C. Kallert	5.95 "
Berlin, Tellerersammlung vom 31. Januar	39.45 "
Zigarettenfabrik Manoli, aus einer Fabrikasse	105.30 "
Berlin, Zigarettenfabrik Josef	56.05 "
Herbst	2.35 "
Manoli	28.25 "
Wedemann	2.90 "
Liste Nr. 12	7.10 "
" " 13	5.40 "
" " 112	5.50 "
Summa	335.65 Mk.

Bereits quittiert 4737.62

Summa 5073.27 Mk.

Fritz Sperber, Kassierer, Berlin N. 28, Ruppiner Str. 44.

Folgende freiwillige Gelder gingen im 6. Gau (Rheinland-Birkenfeld) ein:

Bereits in Nr. 53 des Tabakarbeiter quittiert	185.80 Mk.
Der für die Zahlstelle Geldern quittierte Betrag von	20. — "
wurde am 7. Januar zurückgeandt, blieben nur	165.80 "
Am 2. Januar gingen ein von Duisburg, 1. Rate	10.50 "
" 2. " " " " " " " " "	4.40 "
" 7. " " " " " " " " "	6.80 "
" 8. " " " " " " " " "	20. — "
" 3. Februar " " " " " " " " "	4.85 "
" 5. " " " " " " " " "	15. — "
Erlös von einem Tabakarbeiter	— 20 "
Summa	227.55 Mk.

An die Zahlstellen des 6. Gau'es wird dringend das Ersuchen gerichtet, die Sammlungen fortzusetzen. Die Gefahr bez der Tabaksteuer vorlage ist noch nicht vorbei. Alle vorhandenen Gelder sind sofort an Unterzeichneten zu senden, ebenso auch die Abrechnung vom 4. Quartal 1905. Dieselbe wird sofort wieder retourniert. Die Orte, welche entsprechende Lokale zur Verfügung haben, können sich melden. Eine tüchtige Rednerin steht zur Verfügung. Selbstverständlich müssen auch die Wochentage besetzt werden. Die Tour soll am 18. Februar beginnen. Weitere Auskunft erteilt der Gauleiter Ludwig Klein, Köln, Heinrichstr. 10, II.